

3. Voranschlag 2012 und Finanzplan 2013 - 2015 (08/BS 46/376)

Detailberatung

Präsident: Die Berichte der GFK-Subkommissionen zu diesem Geschäft sind Ihnen zugestellt worden und werden hier nicht mehr verlesen. Ebenfalls haben Sie vorgängig den Bericht der GFK-Präsidentin zur Detailberatung sowie den Beschlussesentwurf der GFK erhalten.

(Schriftliche Ausführungen der Kommissionspräsidentin)

Voranschlag 2012

Für das Jahr 2012 legt der Regierungsrat dem Parlament ein Budget vor, das unter erschwerten Rahmenbedingungen und dementsprechend mit viel Weit- und Umsicht erstellt werden musste. Es ist geprägt durch den Wegfall wesentlicher Erträge und von neuen Aufgaben und Finanzflüssen. Unter den erschwerten Rahmenbedingungen sind unter anderem namentlich zu erwähnen:

- die Abnahme des Gewinnanteiles der Nationalbank (minus ca. 25 bis 50 Millionen Franken);
- der rückläufige interkantonale Finanzausgleich (minus ca. 20 Millionen Franken);
- die Kosten der neuen Spitalfinanzierung (plus ca. 35 Millionen Franken);
- die Mehrkosten im Bereich der Beitragsfinanzierung an die Schulgemeinden (plus ca. 25 Millionen Franken).

Die Kumulation dieser Mindererträge und Mehrbelastungen zeigt klar, weshalb der finanzielle Engpass entstanden ist.

Im Weiteren hat sich die Wirtschaftslage aufgrund der Währungskrise seit Anfang Jahr 2011 negativ verändert, und in Anbetracht der Verschuldungssituation verschiedener EU-Staaten sind der Schweizer Franken und mit ihm der Finanzplatz Schweiz von weiteren Turbulenzen bedroht.

Dennoch bezeichnet der Regierungsrat die finanzielle Situation des Kantons als gut. In den letzten zwölf Jahren resultierten stets positive Rechnungsabschlüsse, und dadurch hat sich einerseits ein Eigenkapital von 285 Millionen Franken angehäuft. Andererseits konnten diverse Rückstellungen geschaffen und Fonds geäuft werden.

Die Erfolgsrechnung sieht bei einem gleich bleibenden Steuerfuss von 117 % einen Aufwandüberschuss von 20,5 Millionen Franken und einen Finanzierungsfehlbetrag (Gesamtrechnung) von 87,4 Millionen Franken vor.

Die Investitionen nehmen gegenüber dem vergangenen, so genannten Rekordjahr mit 19,4 % weiter zu und belaufen sich netto auf 99,7 Millionen Franken. Diese Zahlen führen unweigerlich zu negativ veränderten Finanzkennzahlen. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt im Budget 2012 auf tiefe 12,4 % und im Finanzplanjahr 2013 auf 5,6 %. Anschliessend steigt der Selbstfinanzierungsgrad bis 2015 wieder auf 37,9 %. Vor diesem Hinter-

grund müssen die Nettoinvestitionen kritisch hinterfragt werden. Das Nettovermögen sinkt von 327 Millionen auf 240 Millionen Franken und wird bis Ende 2015 komplett abgebaut. Die konsolidierten Ausgaben ohne durchlaufende Beiträge steigen im Budget 2012 um insgesamt 10,2 %.

Die regierungsrätlichen Zielvorgaben konnten insbesondere beim Sachaufwand, beim Selbstfinanzierungsgrad und bei der Gesamtrechnung nicht eingehalten werden. Eingehalten wurden sie hingegen bei den Nettoinvestitionen, beim Personalkostenwachstum und bei der Stellenentwicklung.

Auf der Ertragsseite prognostiziert der Regierungsrat einen Steuerertrag von optimistischen 11,4 % gegenüber dem Budget 2011 (gegenüber dem Trend 2011 + 5,6 %). Ebenso ist ein fraglicher Ertrag von der Nationalbank unter dem Konto 7350 mit 25 Millionen Franken in das Budget eingerechnet. Zusätzlich werden aus der NFA-Schwankungsreserve 10 Millionen Franken und aus der Rückstellung Gesundheitswesen 8 Millionen Franken entnommen. Der liquiditätswirksame Ertrag steigt gegenüber der Rechnung 2010 um 3,8 %. Insgesamt beinhaltet das Budget 2012 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Rückstellungen in der Höhe von 44,5 Millionen Franken.

Der Regierungsrat hat vorausschauend und in einer frühen Phase des Budgetierungsprozesses auf einen anstehenden Abbau der Reserven hingewiesen. Das vorliegende Budget und der Finanzplan basieren auf dem angekündigten Reservenabbau.

Unter den gegebenen Umständen akzeptiert die GFK die Reduktion des Eigenkapitals, sie vertritt jedoch mehrheitlich die Meinung, dass Budgetkorrekturen durch den Grossen Rat angebracht werden müssen. In intensiven Diskussionen hat sie schliesslich diverse Änderungsanträge beschlossen, die sie dem Grossen Rat unterbreitet.

Vorweg ist zum besseren Verständnis auf den Antrag auf eine Pauschalkürzung beim Personalaufwand um 2 Millionen Franken und auf eine Pauschalkürzung beim Sachaufwand um 5 Millionen Franken hinzuweisen. Die Kommissionsmitglieder stimmten diesem Antrag mit 13:3 Stimmen zu. Im Grundsatz will die Kommission die Sparmassnahmen auf verschiedene Bereiche ausdehnen.

Das Budget 2012 sieht beim Sachaufwand eine Ausgabensteigerung um rund 5 Millionen Franken gegenüber dem Budget 2011 vor, weshalb die Kommission diesbezüglich eine Budgetkorrektur anstrebt. Gleichzeitig fordert sie bei Annahme des Antrages durch den Grossen Rat und bei Umsetzung der Einsparungen durch die Ämter eine Berichterstattung betreffend die konkreten Einsparungen je Departement. Kommission und Verwaltung waren sich in der Diskussion zu diesem Antrag einig, dass die Aufteilung der Pauschalreduktion beim Sachaufwand in der Verantwortung des Regierungsrates liegt. Die im Antrag weiter beinhaltete Pauschalkürzung um 2 Millionen Franken im Bereich des Personalaufwandes kann sowohl über die Lohnanpassungen oder den Teuerungsausgleich als auch über Stellenkompensationen erwirkt werden.

Finanzplan 2013 - 2015

Auch im Finanzplan sind merklich steigende Ausgaben und sinkende Ertragsanteile festzustellen. Der Regierungsrat hat schon im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, dass vorübergehend Defizite und ein gezielter Reservenabbau in Kauf genommen werden müssen. Die Kennzahlen des Finanzplanes belegen nun auch die Prognosen des Regierungsrates.

Der Finanzplan als mittelfristiges Führungs-, Planungs- und Informationsinstrument des Regierungsrates sieht folgende Hauptzielsetzung vor:

- Erhalt einer stabilen Staatsquote;
- mittelfristig ausgeglichener Staatshaushalt;
- vertretbare Defizite in der Erfolgsrechnung für die nächsten 3 bis 4 Jahre von total 100 Millionen Franken;
- Neuverschuldung in den nächsten 3 bis 4 Jahren von maximal 200 Millionen Franken;
- Erhalt eines durchschnittlichen Selbstfinanzierungsgrades über einen Zeitraum von 8 Jahren von mindestens 100 %.

Die GFK stellt insgesamt fest, dass das Ziel nicht in allen Punkten erreicht werden dürfte. Insbesondere wird sie auch in den Finanzplanjahren ein Augenmerk auf die Entwicklung der Aufwandüberschüsse von 30,6 bis 39,7 Millionen Franken richten. In Bezug auf ein antizyklisches Verhalten sind die Nettoinvestitionen von 91 bis 101 Millionen Franken kritisch zu prüfen. Der Selbstfinanzierungsgrad muss sich, wie in der Planperiode vorgesehen, mittelfristig erholen. Ebenso soll der Abbau des Nettovermögens nicht bis auf null erfolgen. In den Diskussionen über den Finanzplan hat der Regierungsrat unmissverständlich dargelegt, dass er in den kommenden Jahren alles daran setzen wird, die Zielvorgaben zu erreichen.

Die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Budget zeigen jedoch auf, dass der Handlungsspielraum des Regierungsrates eingeschränkt bleibt.

Aufgrund der Beratung des Finanzplanes beantragt die GFK mit 11:6 Stimmen strukturelle Verbesserungen für die Finanzplanperiode 2013 - 2015 in der Höhe von jährlich 40 Millionen Franken.

Die GFK wird der Kennzahlenentwicklung im Finanzplan grosse Beachtung schenken.

Präsident: Das Wort hat zuerst die Präsidentin der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission für ihre zusätzlichen Bemerkungen zur Detailberatung.

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Im Sinne einer effizienten Sitzung habe ich zur Detailberatung keine einleitenden Bemerkungen.

Präsident: Bei der Beratung der Erfolgsrechnung gehen wir gemäss Gliederung der Budget-Botschaft vor. Als Basis dient zudem der Anhang I (Zahlenteil zum Voranschlag). Die Investitionsrechnung sowie den Finanzplan werden wir departementsweise jeweils

im Anschluss an die Beratung der Erfolgsrechnung behandeln.

Zu Beginn verweise ich auf § 5 a des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Staates. Demnach genehmigt der Grosse Rat die Summen der Globalbudgets sowie die Einzelpositionen, die nicht Bestandteil von Globalbudgets sind. Konkret bedeutet dies für den Zahlenteil im Anhang I, dass alle senkrecht gesetzten Zahlen im Grossen Rat beraten werden können, nicht aber die kursiv angeführten Werte, weil diese einen Bestandteil des Globalbudgets bilden.

Die Diskussion und die Abstimmung über die von der GFK beantragten Pauschalkürzungen beim Sach- und beim Personalaufwand finden gesamthaft nach den fünf einleitenden Kapiteln statt.

Die Diskussion und die Abstimmung über Einzelanträge und die weiteren GFK-Anträge werden direkt bei der Behandlung der einzelnen Kontengruppen durchgeführt.

Die sich aus Einzelanträgen ergebenden finanziellen Auswirkungen werden laufend auf den Gesamtbetrag der Erfolgsrechnung respektive der Investitionsrechnung in Ziffer 8 des Beschlussesentwurfes übertragen.

Die Diskussion und die Abstimmung über die Ziffern 2.1 bis 3.3, 4, 5 und 7 des Beschlussesentwurfes finden ebenfalls bereits bei der Kontogruppe des entsprechenden Amtes statt. Dabei sind auch Anträge zu einzelnen Projekten möglich.

Die Diskussion und die Abstimmung über die Ziffern 3.4 und 6 des Beschlussesentwurfes finden bei der Behandlung der gelben Seiten am Anfang der Detailberatung statt.

Die Ziffern 1 und 8 des Beschlussesentwurfes werden bei der Behandlung des Beschlussesentwurfes einzeln diskutiert und es wird einzeln darüber abgestimmt. Von der Ziffer 9 (Finanzplan) wird Kenntnis genommen.

Wir beginnen die Beratung mit den fünf einleitenden Abschnitten der Budget-Botschaft (gelbe Seiten 1 bis 27). Dieser Bereich entspricht im Wesentlichen einem zusammenfassenden Überblick. Über die Ziffern 3.4 und 6 des Beschlussesentwurfes wird an dieser Stelle diskutiert und abgestimmt. Der Abschnitt 4 betrifft die Strassenabtretungen im Kantonsstrassennetz und der Abschnitt 5 die Liegenschaftengeschäfte, die in der Kompetenz des Grossen Rates liegen. Alle anderen spezifischen Anträge, die sich auf bestimmte Konten beziehen, sind erst bei der Behandlung der Erfolgsrechnung ab Seite 31 einzubringen.

Abschnitt 1: Einleitung/Zusammenfassung

Diskussion - **nicht benützt.**

Abschnitt 2: Überblick

Diskussion - **nicht benützt.**

Abschnitt 3: Finanzierung (Gesamtrechnung)

Diskussion - **nicht benützt.**

Abschnitt 4: Strassenabtretungen und Aufnahmen im Kantonsstrassennetz

Präsident: Ich eröffne die Diskussion zur Genehmigung der Strassenabtretungen im Kantonsstrassennetz von 2'530 m gemäss Ziffer 3.4 des Beschlussesentwurfes.

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Die GFK unterstützt die Strassenabtretungen einstimmig.

Diskussion - **nicht benützt.**

Abstimmung: Der Rat beschliesst mit grosser Mehrheit: Die Strassenabtretungen im Kantonsstrassennetz von 2'530 m werden genehmigt.

Abschnitt 5: Liegenschaftengeschäfte in der Kompetenz des Grossen Rates

Präsident: Ich eröffne die Diskussion zum Erwerb der Liegenschaften Alpstrasse 5 und 7 (Parzellen Nrn. 729 und 730) in Kreuzlingen zum Preis von Fr. 850'000 gemäss Ziffer 6 des Beschlussesentwurfes.

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Die GFK hat die Schutzwürdigkeit der beiden Liegenschaften abgeklärt, die Absichten des Regierungsrates erörtert und sich in der Folge mit den Antworten des Regierungsrates und dem Erwerb der Liegenschaften einstimmig einverstanden erklärt.

Diskussion - **nicht benützt.**

Abstimmung: Der Rat beschliesst mit 107:0 Stimmen: Dem Erwerb der Liegenschaften Alpstrasse 5 und 7 (Parzellen Nrn. 729 und 730) in Kreuzlingen zum Preis von Fr. 850'000 wird zugestimmt.

Präsident: Ich frage Sie an, ob Sie auf einen Punkt zurückkommen wollen. Das ist nicht der Fall.

Nun diskutieren wir gesamthaft über die von der GFK beantragten Pauschalkürzungen beim Sachaufwand, welche die Räte, die Staatskanzlei, alle Departemente und die Gerichte betreffen, sowie über die Pauschalkürzung beim Personalaufwand.

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Die Pauschalkürzungen betreffen den Personal- und den Sachaufwand. Ich schicke voraus, dass über diesen Antrag in der GFK kontrovers diskutiert wurde, die Abstimmung aber eine klare Mehrheit für Kürzungen in beiden Bereichen ergab. Einerseits haben wir an der letzten Sitzung mit dem Beschluss, für individuelle, leistungsbezogene Lohnanpassungen 1 % einzusetzen, die eigentliche Umsetzung des Antrages im Personalbereich schon eingeleitet. Ebenso hat der Regierungsrat einen Teuerungsausgleich von 0,4 % beschlossen. Faktisch gilt, die Pauschalkürzung beim Personalaufwand um 2 Millionen Franken heute zu beschliessen und damit dem Regierungsrat den Auftrag zu erteilen, die Einsparungen der noch verbliebenen Fr. 500'000 innerhalb der Verwaltung zu vollziehen. Beim Sachaufwand beantragt die

GFK eine Kürzung um 5 Millionen Franken in der Meinung, dass sich Budgetkorrekturen nicht nur beim Personal auswirken dürfen. Die Steigerung des Sachaufwandes im Budget 2012 um 5 Millionen Franken soll neutralisiert werden. Die GFK wünscht Transparenz über die konkreten Einsparungen in den einzelnen Departementen. Der Regierungsrat und die Verwaltung haben sofort nach der Beschlussfassung der GFK einen Vorschlag möglicher Einsparungen pro Departement erarbeitet und dem Grossen Rat vorgelegt. Ich verweise auf den Anhang zum Kommissionsbericht und verzichte deshalb, einzeln darauf einzugehen. Ausserdem hat das Büro beschlossen, gesamthaft über die Pauschalkürzungen abstimmen zu lassen.

Heinz Herzog, SP: Wenn wir Geld verteilen, sind wir gegen das Giesskannenprinzip. Ich bin aber auch gegen "Staubsaugerkürzungen". Pauschalkürzungen haben einen Staubsaugereffekt, und das ist nicht seriös. Der Regierungsrat hat uns einen Finanzplan vorgelegt. Er hat angekündigt, dass er uns bereits vor den Frühlingsferien Vorschläge für Einsparungen und Kürzungen vorlegen wird, woran wir wahrscheinlich dann auch nicht alle Freude haben werden. Ich bitte Sie, nicht unüberlegt zu handeln. Lassen wir doch den Regierungsrat prüfen, was gebraucht und was nicht gebraucht wird. Die SP-Fraktion lehnt den Antrag der GFK ab.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Abstimmung: Dem Antrag der GFK, Pauschalkürzungen beim Sachaufwand um insgesamt 5 Millionen Franken und beim Personalaufwand um 2 Millionen Franken vorzunehmen, wird mit 67:20 Stimmen zugestimmt.

Präsident: Nun beraten wir abschnittsweise gemäss Budget-Botschaft und der Übersicht, die auf Ihren Tischen aufliegt. Bitte nennen Sie bei Ihren Voten die Seitenzahl der Botschaft oder des Zahlenteils sowie die Kontonummer oder Kontogruppe.

3.1 Räte

Zusammensetzung der Subkommission DFS/SK:

- Myrta Klarer, Sirmach (Vorsitz)
- Walter Marty, Ellighausen
- Richard Nägeli, Frauenfeld
- Daniel Wittwer, Sitterdorf

Präsident: Ich eröffne die Diskussion.

Erfolgsrechnung (Seite 31 der Budget-Botschaft und Seiten 7 und 8 des Zahlenteils)
Diskussion - **nicht benützt.**

Finanzplan 2013 - 2015 (Seite 15)

Richard Nägeli, FDP: Ich spreche nur einmal zum Finanzplan. Was ich jetzt sage, gilt für alle Abschnitte. Der Finanzplan ist obsolet. Mit den vorgesehenen Massnahmen wird es grosse Änderungen geben. Stillschweigen und Kenntnisnahme heissen nicht Akzeptanz. Wir erwarten die Umsetzung der Strategie gemäss der Eintretensdebatte an der letzten Sitzung, insbesondere die Berücksichtigung der strukturellen Verbesserungen von 40 Millionen Franken im 2013 und Massnahmen für eine ausgeglichene Rechnung im 2015, wie dies der Regierungsrat selbst vorgeschlagen hat.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsident: Ich frage Sie an, ob Sie auf einen Punkt zurückkommen wollen. Das ist nicht der Fall.

3.2 Staatskanzlei

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Zusammensetzung der Subkommission DFS/SK:

- Myrta Klarer, Sirmach (Vorsitz)
- Walter Marty, Ellighausen
- Richard Nägeli, Frauenfeld
- Daniel Wittwer, Sitterdorf

Voranschlag 2012

Die Erhöhung gegenüber dem Budget 2011 um Fr. 213'000 wird mit dem erhöhten Aufwand für die Regierungs- und Kantonsratswahlen begründet.

2100 Staatskanzlei

Das Projekt "GRIPS" wurde nochmals zurückgestellt. Es sollte 2012 mit den aktuell budgetierten Kosten von Fr. 55'000 realisiert werden können. Die Nachführung des Rechtsbuches ist mit Fr. 200'000 budgetiert, damit die Schnittstelle zu Fabasoft realisiert werden kann. Der Kanton Thurgau verfügt über ein System, das allen Auslandschweizern ermöglicht, per e-Voting abzustimmen.

Die Resultate der proportionalen Nationalratswahlen 2012 des ganzen Kantons standen noch nie so schnell zur Verfügung. Es hat keine Pannen gegeben.

2510 Büromaterial-, Lehrmittel- und Drucksachenzentrale

In den Ratssälen Frauenfeld und Weinfelden sollen neue Tische angeschafft werden.

Es gibt noch einige Gerichte, die noch nicht komplett eingerichtet sind.

Um die Gesamtkosten der Bezirksreorganisation beurteilen zu können, muss zuerst der Geschäftsbericht 2011 abgewartet werden.

Finanzplan 2013 - 2015

Der Finanzplan der Staatskanzlei weist die in den Wahljahren üblichen Schwankungen aus. Ansonsten gab es keine besonderen Ausgaben.

Präsident: Ich eröffne die Diskussion.

Erfolgsrechnung (Seiten 35 bis 40 der Budget-Botschaft und Seite 9 des Zahlenteils)

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Eine Randbemerkung: Der gutgeheissene Antrag auf Pauschalkürzungen beim Sachaufwand dürfte zur Folge haben, dass die neuen Tische in den Ratssälen Frauenfeld und Weinfelden nicht angeschafft werden. Der Grosse Rat wird insofern von den Kürzungen auch betroffen sein, was meines Erachtens angebracht ist.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Auszug aus: Protokoll des Grossen Rates Nr. 71 vom 6. Dezember 2011

Finanzplan 2013 - 2015 (Seite 16)

Diskussion - **nicht benützt.**

Präsident: Ich frage Sie an, ob Sie auf einen Punkt zurückkommen wollen. Das ist nicht der Fall.

3.3 Departement für Inneres und Volkswirtschaft

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Zusammensetzung der Subkommission DIV:

- Katharina Winiger, Frauenfeld (Vorsitz)
- Kurt Baumann, Sirnach
- Heinz Herzog, Arbon
- Moritz Tanner, Winden

Allgemeine Bemerkungen zum Voranschlag 2012 und Finanzplan 2013 - 2015

Subkommission und GFK haben sich intensiv mit dem Voranschlag 2012 und dem Finanzplan 2013 - 2015 auseinandergesetzt. Die Situation hat sich im Vergleich zu den vergangenen Jahren insofern geändert, als dass sich die Subkommission erstmals seit mehr als zehn Jahren vor dem Hintergrund eines negativen Budgetergebnisses der Departementsberatung stellen musste. Auch unter diesen erschwerten Bedingungen waren die Gespräche wie gewohnt offen und informativ. Dafür bedankt sich die Subkommission beim Regierungsrat und bei der Verwaltung.

Ein Schwerpunkt der Departementstätigkeit wird im nächsten Jahr die Einführung des neuen Geoinformationsgesetzes mit dem Aufbau des ÖREB-Katasters sein. Zudem wird das zweite Umsetzungsprogramm der neuen Regionalpolitik des Bundes starten. Auch die Ausarbeitung der Richtlinien des Regierungsrates für die Regierungstätigkeit in der Legislaturperiode 2012 - 2016 wird Zeit und Kräfte binden.

Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden stark negativen Abschlüsse der Staatsrechnungen ist im nächsten Jahr eine vertiefte Leistungsüberprüfung nötig. Die Subkommission ist sehr gespannt auf deren Ergebnisse und bittet den Regierungsrat, diese Arbeit konsequent anzugehen.

Finanzen

Im Vergleich zum Budget 2011 wächst der Nettoaufwand per Saldo um 8,4 Millionen Franken. Grund für das Ausgabenwachstum ist in erster Linie die starke Erhöhung der Kosten für Ergänzungsleistungen zu AHV/IV um 9,1 Millionen Franken. Für den öffentlichen Verkehr werden 0,5 Millionen Franken mehr eingesetzt. Die übrigen Mehrkosten fallen in den Globalbudgets der Ämter an.

Das Volumen von Aufwand und Ertrag steigt um 15,3 Millionen Franken. Die Hauptgründe sind:

Energiefonds	+ 11,3 Millionen Franken
Höhere Bundesbeiträge für die Ergänzungsleistungen	+ 4,0 Millionen Franken
Arbeitsmarktfonds	+ 1,2 Millionen Franken

Bei der Investitionsrechnung fällt die Gesamterneuerung der Eisenbahnstrecke Weinfelden - Wil ins Gewicht (netto 5,5 Millionen Franken).

Bei der Beurteilung des Budgets muss beachtet werden, dass Nettoentnahmen aus verschiedenen Fonds von knapp 13 Millionen Franken vorgesehen sind.

Personal

Das Budget 2012 enthält Stellenbegehren von 200 % für die Produktgruppe "Seminare und Tagungen" im BBZ Arenenberg. Die Subkommission stimmt der vorgeschlagenen Stellenerhöhung einstimmig zu. Die Begründung findet sich unter dem Titel "Bildungs- und Beratungszentrum Arenenberg".

Voranschlag 2012

3010-3023 Generalsekretariat

Abteilung Öffentlicher Verkehr / Tourismus

Bei der Investitionsrechnung taucht der Begriff "bedingt rückzahlbares Darlehen" verschiedene Male auf. Dies bedeutet, dass ein Darlehen nur dann zurückbezahlt werden muss, wenn Abschreibungsmittel nicht reinvestiert werden, wenn Überschüsse erzielt werden oder wenn die Mittel zweckentfremdet werden. Die Subkommission stört sich an diesem Begriff, da solche Mittel in den letzten Jahren nie zurückerstattet wurden. Damit handelt es sich faktisch um einen Investitionsbeitrag ohne Rückzahlung.

Abteilung Energie

Gemäss Voranschlag werden in Zukunft Aufwand und Ertrag der Bearbeitung der Fördergesuche sowie die Fremdkosten der Abteilung über den Förderfonds finanziert, um die Staatsrechnung zu entlasten. Dies entspricht der Handhabung, wie sie bei anderen Fonds auch angewendet wird. Allerdings stehen damit dem Energiefonds knapp 1,3 Millionen Franken weniger zur Erfüllung seiner Aufgaben zur Verfügung.

3310 Amt für Geoinformation

Neu wird in diesem Amt die Produktgruppe "ÖREB-Kataster" geführt. Beim Aufbau dieses Katasters sollen in einer ersten Phase die wichtigsten Auflagen und Nutzungsbeschränkungen aus dem öffentlichen Recht aufgenommen werden. Dazu müssen die Datenflüsse und die Verknüpfung von Geodaten geprüft, gegebenenfalls angepasst und anschliessend in den operativen Betrieb überführt werden.

Der Gebührenertrag des gesamten Amtes sinkt gegenüber den Vorjahren massiv aufgrund der mit dem Geoinformationsgesetz beschlossenen Korrekturen. Die Einsparungen fallen grösstenteils bei den Gemeinden und kommunalen Werken an.

3420-3424 Amt für AHV und IV

Die budgetierten Ausgaben steigen im Vergleich zum Vorjahr um gut 9 Millionen Franken. Entscheidend dafür sind Entwicklungen in wirtschaftlicher, demographischer und gesetzgeberischer Hinsicht. Der Kantonsvergleich zeigt, dass der Thurgau trotz dieser Mehrausgaben unterdurchschnittliche EL-Ausgaben zu verzeichnen hat. Dem Kanton bleibt nur wenig gesetzgeberischer Spielraum, die Kosten in diesem Bereich zu senken. Eine Senkung der EL-Beiträge hätte zur Folge, dass mehr EL-Bezüger auf zusätzliche

Sozialhilfe angewiesen wären.

Die Subkommission stellte während der Budgetberatung fest, dass das Amt für AHV und IV kaum der grossrätlichen Oberaufsicht untersteht. Budgets und Rechnungen des Amtes sind nicht in der Staatsrechnung konsolidiert. Die Kommission ist sich bewusst, dass das Amt vorwiegend Bundesaufgaben erfüllt. Es gibt aber Nahtstellen zur kantonalen Verwaltung, die in den Bereich der GFK fallen. Die anstehende Revision des Gesetzes bietet die Chance, dies zu klären.

3640 Bildungs- und Beratungszentrum Arenenberg

Im Budget ist eine Stellenerhöhung für die "Stellvertretung Leitung Seminar und Tagungszentrum" und die "Stellvertretung Leitung Hausdienst" von 200 % enthalten. Für die Subkommission ist klar, dass die mit beträchtlichen Finanzmitteln renovierte Infrastruktur möglichst intensiv genutzt werden soll. Vergleichszahlen von Seminaren, Übernachtungen und Essen durch Externe vor und nach der umfassenden Renovation zeigen denn auch eine eindruckliche Steigerung. Die Subkommission stimmt der Stellenerhöhung zu, sofern die Preise für externe Gäste die vollen Kosten decken. Oder anders formuliert: Das BBZ Arenenberg darf die umliegenden Unternehmungen der Privatwirtschaft nicht durch Dumpingpreise benachteiligen.

Im Budget enthalten ist ein Investitionsbegehren für den Neubau des Kompetenzzentrums Beratung. Angesichts der rekordhohen Investitionen und der schlechten Situation der Staatsfinanzen hat die Subkommission über das Vorhaben intensiv diskutiert. Sie hält es für verantwortbar, diese Investition um ein Jahr zu verschieben.

3930-3940 Veterinäramt

Die Anzahl amtstierärztlicher Kontrollen ist immer wieder ein Diskussionspunkt. Nach ständig wechselnden und unklaren Vorgaben des Bundes wird dieser auf den 1. Januar 2012 eine Verordnung über die Koordination der Kontrollen in der Landwirtschaft erlassen. Darin werden die Kantone angehalten, die Kontrollen ämterübergreifend vorzunehmen, so dass Betriebe ohne Mängel nicht häufiger als alle vier Jahre behördlich kontrolliert werden. Diese Vorgabe wird durch die vorgesehene Anzahl Kontrollen problemlos erfüllt.

Präsident: Ich eröffne die Diskussion.

Erfolgsrechnung (Seiten 43 bis 78 der Budget-Botschaft und Seiten 10 bis 16 des Zahlenteils)

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Zum Amt für Geoinformation: Ich weise speziell auf das durch den Grossen Rat beschlossene neue Gesetz über Geoinformation hin, das auf den 1. Januar 2012 in Kraft tritt. Wie im Subkommissionsbericht erläutert wird, hat es eine Abnahme des Gebührenertrages einerseits und die Einführung des ÖREB-Katasters andererseits zur Folge.

Schwyster, GP: Ich spreche zu Seite 47 der Budget-Botschaft, Kontogruppe 3015 "Energiefonds", Konto 3109.000 (Energiepolitische Massnahmen, Bearbeitung Fördergesuche). Bei der damaligen Ausarbeitung des Kompromisses, den Fonds anstatt der ursprünglich verlangten 20 bis 30 Millionen nur mit 12 bis 22 Millionen Franken zu öffnen, haben wir Hand geboten und dem "Spatz in der Hand" zugestimmt. Nun werden diesem Spatz aber arg die Flügel gestutzt, indem die Aufwendungen für die begleitenden energiepolitischen Massnahmen und die Bearbeitung des Förderprogrammes neu über den Förderfonds finanziert werden. Dies bedeutet eine Kürzung des Energiefonds um 1,265 Millionen Franken, und zwar in einer Zeit, in der uns allen klar ist, dass eine Energiewende, ein Ausstieg aus der Atomenergie, nur mit grossen Anstrengungen zu erreichen ist. Wir werden diese Kröte diesmal wohl oder übel schlucken müssen, machen aber in aller Deutlichkeit klar, dass wir in dieser Kontogruppe keine weiteren Kürzungen akzeptieren werden.

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Zum Amt für AHV und IV: Die GFK hat moniert, dass jährlich eine Steigerung der Ergänzungsleistungen um ca. 7 % stattfindet und damit massive Budgetüberschreitungen zu verzeichnen sind. Wir haben jedoch auch erkannt, dass die Einflussmöglichkeiten des Kantons auf die EL-Leistungen sehr gering sind. Der Bund hat die Vermögensfreibeträge erhöht, und somit sind höhere Beiträge von Seiten des Kantons zu entrichten.

Häni, SVP: Ich spreche zum BBZ Arenenberg, Neubau Kompetenzzentrum Beratung, Produktgruppen "Beratung und Entwicklung" auf Seite 72 und "Schul- und Versuchsbetriebe" auf Seite 73 der Budget-Botschaft. Betroffen von meinem Votum ist allerdings nicht nur das DIV, sondern auch das DBU. Bekanntlich stellt die GFK den Antrag, den Bau des Kompetenzzentrums Beratung um ein Jahr zurückzustellen. Ich bin klar für diese Rückstellung, habe zu diesem Projekt aber noch einige Bemerkungen und Fragen. Über Ästhetik am Bau kann man verschiedener Ansicht sein, doch werde ich den Verdacht nicht los, dass sich jemand mit der "Tabakscheune", die vorgesehen ist, ein Denkmal setzen will. Auch bezüglich der Kosten wird uns ein "Mercedes" schmackhaft gemacht. Ich bin der Meinung, dass den landwirtschaftlichen Beratern grosszügige Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden sollen, doch würde man mit einem Zweckbau, der sicher um einiges günstiger realisiert werden könnte, dieses Ziel genauso erreichen. Am meisten Mühe habe ich allerdings mit dem Standort. Ich habe mir am Sonntag Zeit genommen und die Situation vor Ort angeschaut. Der geplante Bau soll im Abstand von 10 m zur bestehenden Milchvihscheune realisiert werden. Zwischen der Scheune und dem Neubau befinden sich die Mistplatte und der Jauchekasten. Auf dem Jauchekasten ist zudem der Auslauf des Jungviehs oder der Galtkühe. Ich kann Ihnen versichern, dass da grosse Probleme vorprogrammiert sind. An die zuständigen Regierungsräte drängt sich die Frage auf, wie sie den Fortbestand der Scheune und der Milchviehhaltung auf

dem Arenenberg sehen. Ist nach Aufgabe der Schweinehaltung nun die Aufgabe der Milchviehhaltung der nächste Schritt? Sicher darf es in einem landwirtschaftlichen Beratungszentrum auch etwas nach Landwirtschaft riechen, doch stellen Sie sich einmal die Sekretärinnen vor, die mit einer Hand den PC bedienen und mit der anderen die Nase zuhalten, währenddem draussen vor dem Fenster die Gülle gerührt oder Mist geführt wird. Ich bitte Sie, den Antrag der GFK auf Rückstellung zu unterstützen. Die Verantwortlichen haben dann ein Jahr lang Zeit, das Ganze zu überdenken. Hoffentlich nutzen sie diese Zeit.

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Die GFK hat sich mit dem Thema BBZ Arenenberg durchaus auseinander gesetzt. Die Diskussionen haben im DIV, aber auch im DBU stattgefunden. Im DIV ging es um den Standort und darum, wie viel Raum das Kompetenzzentrum für seine Beratungstätigkeit braucht, und im DBU wurde über die Architektur und das Kosten-/Nutzenverhältnis diskutiert.

Regierungsrat **Dr. Schläpfer**: Es geht nicht darum, ein Denkmal zu setzen. Wir haben einen Wettbewerb unter etwa fünfzehn Architekturbüros durchgeführt. Die Vorgabe war ein innovativer Holzbau in Minergie-P-Bauweise. Das Siegerprojekt hat alle Anforderungen erfüllt. Es ist unseres Erachtens ein ausgezeichnetes Projekt, und wir freuen uns, wenn es realisiert werden kann. Wir sind der Auffassung, dass es der beste Standort ist, der in Frage kam. Wir wollen das Fachstellenhaus stehen lassen, bis der Neubau bezugsbereit ist. Der Standort hat sich daraus ergeben. Dann wurde abgeklärt, ob eine Beeinträchtigung in Bezug auf Geruchsmissionen stattfindet, was nach Einholung eines Gutachtens verneint wurde. Das Projekt ist mit den Immissionen und auch mit der Tierhaltung vereinbar. Die Milchviehhaltung mit Standort am Arenenberg soll nicht aufgegeben werden. Jedenfalls bestehen keine derartigen Pläne.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Investitionsrechnung (Seite 65 des Zahlenteils mit den entsprechenden Anmerkungen in der Budget-Botschaft)

Diskussion - **nicht benützt.**

Finanzplan 2013 - 2015 (Seiten 17 bis 25)

Diskussion - **nicht benützt.**

Präsident: Ich frage Sie an, ob jemand auf einen Punkt zurückkommen möchte. Das ist nicht der Fall.

3.4 Departement für Erziehung und Kultur

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Zusammensetzung der Subkommission DEK:

- Cäcilia Bosshard, Wilen (Gottshaus) (Vorsitz)
- Verena Herzog, Frauenfeld
- Ueli Oswald, Berlingen
- Sonja Wiesmann Schätzle, Wigoltingen

Allgemeine Bemerkungen zum Voranschlag 2012 und Finanzplan 2013 - 2015

Die Subkommission DEK und anschliessend die Gesamt-GFK haben an ihren Sitzungen vom 6. und 24. Oktober 2011 mit Regierungsrätin Monika Knill das Budget 2012 und den Finanzplan 2013 - 2015 des DEK durchberaten. Wir danken Regierungsrätin Monika Knill und ihrem Team für die konstruktiven Debatten und die ausführlichen Antworten.

Der Voranschlag 2012 des DEK schliesst mit einem Aufwandüberschuss von rund 388,4 Millionen Franken. Dies bedeutet einen Mehraufwand gegenüber dem Budget 2011 von rund 41,1 Millionen Franken oder 11,8 %.

Bei den Globalbudgets resultiert ein Mehraufwand von 11,11 Millionen Franken. Hier gibt die Übersicht auf Seite 81 der Budget-Botschaft Auskunft über die Abweichungen. Einen grossen Mehraufwand, nämlich 27 Millionen Franken, erfordert das revidierte Gesetz für die neu festgelegten Beiträge an die Schulgemeinden. Weitere rund 3 Millionen Franken Mehraufwand sind in den Beiträgen an Universitäten, Fachhochschulen, die PHTG sowie einem Plus von Fr. 280'000 für Stipendien begründet. Die GFK hat den erwähnten und begründeten Aufwandüberschuss zur Kenntnis genommen.

Der in der Abschlussdebatte der GFK zum Voranschlag 2012 beschlossene Antrag an den Grossen Rat, den Sachaufwand aller Departemente pauschal um insgesamt 5 Millionen Franken zu kürzen, wird im DEK zu einer Pauschalkürzung des Sachaufwandes um 1,2 Millionen Franken führen.

Fragen zur Gesamtentwicklung des Departementes können im Frühjahr mit der Schlussbilanz zu den Legislaturzielen abschliessend beantwortet werden. Erste Rückmeldungen zu den Jahreszielen zeigen aber auf, dass der Erfüllungsgrad in vielen Bereichen auf Kurs ist.

Der Bericht zur Entwicklung des Thurgauer Bildungswesens, Stand September 2011, ist anfangs Oktober fristgerecht publiziert worden. Er wird demnächst in einer Spezialkommission vorberaten und anschliessend im Grossen Rat zur Diskussion stehen.

Die Pendenz, beim Übergang Sekundarschulstufe I - Sekundarschulstufe II zusätzliche Förderangebote für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler zu prüfen, ist von einem Projektteam angegangen worden. Ein entsprechender Bericht liegt nun beim Regierungsrat.

Im Amt für Berufsbildung und Berufsberatung wurde ein umfassender Bericht "IT-Ent-

wicklung an den Berufsfachschulen" per 30. September 2011 erstellt und am 24. Oktober der GFK durch Amtschef Ueli Berger präsentiert und eingehend erläutert. Aufgrund der Bildungs- und Systemlogik ist der Begriff "Informatik" im DEK in drei Anwendungen gegliedert: 1. IT-Betriebssysteme (Server, Sharepoint): Verantwortlich ist das Amt für Informatik (Afl); 2. IT-Unterrichtssupport (Bildungsauftrag): Leistungsauftrag bei den Diensten Berufsfachschulen Thurgau (DBT); 3. IT-Schulverwaltung EcoOpen (Anwendungen): Hier werden die künftige Führungsstruktur und mögliche Prozessoptimierungen zurzeit durch die FHS St. Gallen, Hochschule für Angewandte Wissenschaften, evaluiert. Der Entscheid wird im Frühjahr 2012 erwartet. Eine wesentliche Frage wird sein, wer für die IT-Schulverwaltung EcoOpen zukünftig verantwortlich zeichnet (Afl, DBT, Amt für Berufsschule oder Departement).

Fragen zu Leistungsüberprüfungen wurden wie folgt beantwortet: In der Regel werden ein bis zwei Ämter pro Jahr überprüft. Einen fixen Turnus gibt es nicht. Leistungsüberprüfungen werden nach Bedarf angeordnet und die Vorgaben durch die Chefin des DEK festgelegt.

Es besteht die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit dem Personalamt (im Rahmen eines Führungscoaching) oder mit externen Firmen/Personen (Organisationsentwicklung). So haben beispielsweise das Kulturamt 2010 und das Sportamt 2011 für die Leistungsüberprüfung mit einer externen Firma zusammengearbeitet. Im Kulturamt entstanden dafür Kosten von Fr. 10'000. Sie wurden aus dem frei verfügbaren Bonus des Kulturamtes bezahlt. Auch beim Sportamt könnten die aufgelaufenen Kosten von Fr. 9'000 aus dem Bonus des Amtes bezahlt werden.

Zu den immer wieder diskutierten Löhnen der Lehrpersonen im Kanton Thurgau bemerkte Regierungsrätin Monika Knill: "Betrachtet man im interkantonalen Vergleich die Löhne für Lehrpersonen, ist festzustellen, dass bei Berücksichtigung aller Faktoren (inkl. Lebenshaltungskosten usw.) die Lehrerinnen und Lehrer im Thurgau nicht grundsätzlich schlechter verdienen." Es wurde aber festgestellt, dass nach ca. acht bis zwölf Dienstjahren ein Knick in der Lohnkurve entsteht. Dieser Knick betrifft vor allem Personen zwischen 30 und 45 Jahren. Ziel wäre es, den Lohnanstieg über einen längeren Zeitraum betrachtet linearer zu gestalten. Oft wird nicht wahrgenommen, dass der Kanton Thurgau - im Gegensatz zu vielen anderen Kantonen - den Lehrpersonen einen jährlichen automatischen Lohnanstieg bietet. Eine Projektgruppe analysiert derzeit das Lohnsystem der Lehrpersonen im Kanton Thurgau.

Voranschlag 2012

4110 Amt für Volksschule

Produktegruppe "Finanzen": Mit der Vereinfachung der Beitragsabrechnung und der Pauschalierung der Baufolgekosten kann das Stellenpensum der Abteilung von 1'000 auf 920 Stellenprozente reduziert werden.

Produktegruppe "Schulevaluation und Schulentwicklung": Die Tabelle auf Seite 87 der

Budget-Botschaft zeigt, dass die Projekte gegenüber dem Vorjahresbudget um rund ein Viertel gekürzt wurden (minus Fr. 710'000).

Mit der aktuellen Stellendotation ergibt sich ein Evaluationsturnus bei Geleiteten Schulen von rund acht Jahren.

4200 Amt für Mittel- und Hochschulen

Im Zuge der Neueinteilung der Bezirke im Thurgau wurde klar festgehalten, aus welchen Gemeinden Schülerinnen und Schüler die Kantonsschule Wil besuchen dürfen. Die Schülerzahlen werden nicht beschränkt. Das Preis-/Leistungsverhältnis in Wil stimmt. Auf Wunsch dürfen Schülerinnen und Schüler aus diesen Gemeinden aber auch die Kantonsschule Frauenfeld besuchen.

Gemäss der Vereinbarung über die Beteiligung des Kantons Thurgau an der Kantonsschule Wil darf der Kanton Thurgau ein Drittel der Mitglieder der Aufsichtskommission der Kantonsschule Wil stellen. Der Kanton St. Gallen hat nun das Mittelschulgesetz geändert und in diesem Zug die Aufsichtskommission abgeschafft. Der Regierungsrat des Kantons Thurgau hat deshalb in St. Gallen interveniert und eine neue Lösung für eine Beteiligung an der Aufsicht über die Kantonsschule Wil verlangt.

Ab 2012 werden erstmals die Raumkosten den Schulen intern verrechnet. Die Raumkosten werden bei allen Schulen nach dem gleichen System ermittelt. Es wird vom Versicherungswert ausgegangen, der mit 3 % kapitalisiert wird.

4320 Dienste Berufsfachschulen Thurgau (DBT)

Die zentrale Aufnahmestelle für die Brückenangebote (BA) Thurgau wurde per 1. Januar 2011 an die DBT übertragen. Dieser Leistungsauftrag war bisher bei der Berufs- und Studienberatung (4310) budgetiert. Die Stellenprozente wurden unverändert an die DBT übertragen. Die Aufnahmestelle BA finanziert sich vollständig durch die Anmeldegebühren.

4330 - 4392 Berufsfachschulen

Bildungszentrum für Technik Frauenfeld: Brückenangebot: Kostensteigerung um 17,9 %. Begründung: Eine grosse Gruppe von Schülerinnen und Schülern, welche heute ein Brückenangebot (früher zehntes Schuljahr) besucht, wurde während der obligatorischen Schulzeit mit sonderpädagogischen Massnahmen in Kleinklassen gefördert. Der Betreuungsaufwand für einzelne Schülerinnen und Schüler hat zugenommen. Es wurde besprochen, den Unterricht in den Brückenangeboten durch zusätzliche Lehrpersonen (Heilpädagogen) zu unterstützen. Der Regierungsrat hat darauf verzichtet und stattdessen beschlossen, die Klassengrösse um zwei Schülerinnen und Schüler pro Klasse zu reduzieren. Die Reduktion der Schülerzahlen pro Klasse hatte zur Folge, dass zwei zusätzliche Lehrpersonen eingestellt wurden. Im Brückenangebot Frauenfeld werden zwei zusätzliche Klassen bei gleich bleibender Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler geführt.

Neu wurde beim SBW Haus des Lernens in Romanshorn eine Integrationsklasse für

Schülerinnen und Schüler mit besonderen Defiziten - zum Beispiel im sprachlichen Bereich - geschaffen.

Das Schuljahr 2010/11 beendeten 373 Schülerinnen und Schüler in einem Brückenangebot. Per 31. August 2011 waren noch fünf Personen ohne Anschlusslösung. Die Erfolgsquote liegt somit bei hohen 98,6 %.

4410 Sportamt

Leistungsüberprüfung: Der Prozess auf Amtsebene ist noch im Gang. Die unabhängige Aussensicht wird als Bereicherung wahrgenommen. Personelle und finanzielle Ressourcen wurden ermittelt.

4510 Kantonsbibliothek

Im Mai 2011 erschien planmässig der Inkunabelkatalog. Im August wurde die Inkunabelausstellung im Kunstmuseum Ittingen eröffnet. Die Einführung der "Digitalen Bibliothek Ostschweiz" ist erfolgt, Planungs- und Konzeptarbeiten für die elektronische Erschliessung und Aufarbeitung des historisch bedeutsamen Altbestandes sind auf Kurs.

Die Lagerkapazität in den Magazinen des Kantonsbibliotheksgebäudes wird in absehbarer Zeit erschöpft sein. Bis 2013 sollten Ersatzräume beziehungsweise zusätzliche Magazine in unmittelbarer Nähe der Kantonsbibliothek (Ausleihe) vorhanden sein.

Da der Kulturgüterschutzraum praktisch voll ist, sollte auch Raum für neu eingehende Altbestände mit eingeplant werden.

4610 Kulturamt

Historisches Museum: Der Regierungsrat hat beim Hochbauamt eine Machbarkeitsstudie zum Schloss Frauenfeld in Auftrag gegeben. Dabei geht es nebst den notwendigen Sanierungsarbeiten um mögliche Investitionen. Kanton und Stadt Frauenfeld sind diesbezüglich in Kontakt. Es sind Überlegungen und bereits auch Vorarbeiten zur inhaltlichen Ausrichtung der Ausstellung gemacht worden. Diese müssen mit der erwähnten Machbarkeitsstudie in Übereinstimmung gebracht werden.

4710 Amt für Archäologie

Das vierzehn Jahre alte EDV-System für die Erfassung archäologischer Informationen ist bis Anfang 2013 zu ersetzen. Ein diesbezügliches Projekt unter der Führung des Kantons Zürich wurde gemeinsam mit den Fachstellen aus den Kantonen Zürich und Graubünden sowie dem Fürstentum Liechtenstein gestartet. Die Kostenverteilung erfolgt zu je 25 %. Der Kanton Zürich hat die Projektleitung inne. Der Thurgau ist in diesem Prozess personell ebenfalls etwas mehr gefordert als der Kanton Graubünden und das Fürstentum Liechtenstein. Es handelt sich um die Ablösung einer Software, die bereits seit 1997 mit den gleichen Partnern betrieben wird.

Finanzplan 2013 - 2015

Investitionsrechnung DEK: Der Investitionssprung von 2014 auf 2015 (von 2,65 Millionen auf 3,35 Millionen Franken) setzt sich wie folgt zusammen: Fr. 500'000 Kunstmuseum

und Ittinger Museum: Dringender Bedarf nach einer Ergänzung und Teilerneuerung der Ausstellungstechnik. Fr. 150'000 Amt für Mittel- und Hochschulen: Die Ausbildungsfinanzierung über Darlehen wird über die Investitionsrechnung abgewickelt. Im Rahmen der Gesetzesrevision ist geplant, die Attraktivität der Ausleihdarlehen zu erhöhen. Im Finanzplan wurde dies mit zusätzlichen Fr. 200'000 Auszahlungen und Fr. 50'000 Rückzahlungen berücksichtigt.

Präsident: Ich eröffne die Diskussion.

Erfolgsrechnung (Seiten 81 bis 132 der Budget-Botschaft und Seiten 17 bis 28 des Zahlenteils)

Gubser, SP: Ich spreche zum Amt für Volksschule auf Seite 84 der Budget-Botschaft. Sie dürfen staunen: Sozialdemokraten wünschen Kürzungen im Bildungsbereich. Diese Kürzungen gehen aber nicht auf Kosten der Kinder, sondern der Organisation. Es geht um die Schulaufsicht, die auch im kommenden Jahr 2 Millionen Franken verschlingen soll. Das ist in Anbetracht der Umorganisation der Schulgemeinden (Schulleitungen) eindeutig zu viel. Da kann ganz wesentlich gespart werden. Wir wollten zuerst einen ganz konkreten Antrag stellen, haben dann aber darauf verzichtet, weil wir keine Härtefälle erzeugen wollen. Durch Pensionierungen oder allfällige Stellenwechsel wären ganz massive Einsparungen möglich und unseres Erachtens auch nötig. Im Auftrag des DEK an die Schulaufsicht steht zum Vorgehen: "Ansprechpartner für die Schulaufsicht ist primär die Schulbehörde. Schulinspektorinnen und -inspektoren besuchen die ihnen zugeteilten Schulen regelmässig. Sie führen Fachgespräche mit Schulpräsidium und Schulleitungen zu kantonalen und kommunalen Themen." Ich weiss nicht, wie ergiebig solche Gespräche sind. Oft finden Quartalsgespräche statt, und die Schulleiterinnen und Schulleiter sind heilfroh, wenn der zuständige Inspektor die Terminvereinbarung für dieses Gespräch vergisst. Die Schulqualität leidet überhaupt nicht, wenn das Quartalsgespräch ausfällt. Unter den weiteren Aktivitäten der Schulaufsicht ist aufgeführt: Teilnahme an Entwicklungstagen; Begleitung der Schulleitung bei Unterrichtsbesuchen; gemeinsame Fokus-Unterrichtsbesuche mit den Schulleitungen. Das tönt für mich aus der Praxis nach Beschäftigungstherapie zugunsten von Stellen, die man einmal geschaffen hat und an denen man festhalten kann. Es wäre jetzt an der Zeit, loszulassen. In diesem Sinn bitte ich die zuständige Regierungsrätin und das zuständige Amt, hier wesentliche Kosten zu sparen.

Verena Herzog, SVP: Ich spreche zur Produktegruppe "Schulevaluation und Schulentwicklung" auf Seite 86 der Budget-Botschaft. Es ist wichtig für die Schule, dass die Zahl der kantonalen Schulentwicklungsprojekte rückläufig ist, braucht es doch noch viel Zeit, um die angelaufenen Reformen zu erproben, nachzubessern und anschliessend sorgfältig zu evaluieren, damit die Schülerinnen und Schüler wirklich längerfristig profitieren.

Erst dann sind die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Beunruhigend ist aber, vor allem für Eltern betroffener Schüler, dass man, wie der "Thurgauer Zeitung" entnommen werden konnte, zum Beispiel in der Gemeinde Bürglen mehr lokale Projekte und neue Schulformen erproben will, bei denen die Kinder bereits auf der Mittelstufe nicht mehr in überschaubaren Klassen von ihren Klassenlehrpersonen gezielt gefördert, sondern von so genannten Coaches in Gruppen von 40 bis 50 Schülern betreut werden. Natürlich gibt es für jedes Projekt und für jede Schulform Argumente dafür und dagegen. Es ist auch selbstverständlich, dass Unterrichtsmethoden immer wieder überprüft und optimiert werden müssen. Wesentlich ist ebenfalls, dass nicht einfach das, was neu ist, zum Vornher ein gut oder schlecht ist. Ich erwarte jedoch, dass die lokalen Projekte gründlich angeschaut und sehr zurückhaltend bewilligt werden. Zuerst müssen Erfahrungen gesammelt und die Auswirkungen insbesondere in den abnehmenden Stufen genau evaluiert werden. In der Budget-Botschaft steht, dass die bewilligten Gesuche deutlich zugenommen hätten und mit einer weiteren Zunahme zu rechnen sei. Hinter die Gesamtevaluationen in Bezug auf Aufwand und Ertrag setze ich ein grosses Fragezeichen. Ich begrüsse deshalb, dass Selbstevaluationsinstrumente entwickelt werden, die in der Folge von den Schulleitungen bei ihrer meines Erachtens wesentlichsten Aufgabe, nämlich der Personalführung, eingesetzt werden können. Dadurch kann der Aufwand von aussen weiter reduziert werden.

Hannes Bär, SP: Als Schulleiter betone ich immer wieder, dass ich in erster Linie für die Schüler, die Eltern und die Lehrpersonen und in letzter Instanz für die Administration angestellt bin. Ich kann die Voten von Kantonsrat Gubser und Kantonsrätin Herzog nur unterstützen. Der Aufwand ist gewaltig. In der Budget-Botschaft ist auf Seite 87 zu lesen, dass 2012 17 Evaluationen geplant sind. Mittlerweile sind die Erstevaluationen der Schulen abgeschlossen. Der Aufwand für Schulleitungen, Eltern und Lehrpersonen an einer solchen Evaluation ist enorm. Den Erfolg zu beurteilen, überlasse ich Ihnen. Auf alle Fälle ist die Überarbeitung der Evaluation beendet. Somit sollte es doch möglich sein, entweder in der Schulevaluation Stellen abzubauen oder logischerweise mehr Schulen pro Jahr zu evaluieren.

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Wie im Subkommissionsbericht erwähnt wird, liegt dem Regierungsrat ein Bericht über die zusätzlichen Förderangebote für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler auf der Sekundarschulstufe I vor. Die GFK durfte Amtsleiter Urs Schwager anlässlich ihrer Gesamtsitzung im DEK begrüssen, der explizit über dieses Projekt informiert hat. Die GFK ist mit den weiteren Vorgehensschritten zufrieden. Ebenfalls begrüssen konnte die GFK Amtsleiter Ueli Berger, welcher der GFK das Thema IT an den Berufsfachschulen näher gebracht und ihr einen profunden Einblick in diese in der GFK nicht ganz unumstrittene Thematik gegeben hat.

Regierungsrätin **Knill**: Ich danke Ihnen für Ihre Anregungen im Bereich des Amtes für Volksschule. Es ist unser erklärtes Ziel, die Aufgaben der Schulaufsicht zu überprüfen. Eine amtsinterne Arbeitsgruppe klärt zurzeit ausgehend von der gesetzlichen Aufsichtspflicht ab, wo Reduktionen und Anpassungen möglich sind. Es ist bereits gesagt worden, dass die Erstevaluationen nach der Einführung der Geleiteten Schulen abgeschlossen sind. Man hat also jede Schule einmal evaluiert. Künftig wird es bezüglich der Schulevaluationen entscheidend sein, welche Daten erhoben werden. Diese sollten weiterhin relevant sein und auch gebraucht werden. Wir sind auch daran, das Bildungsmonitoring zu prüfen, das auf nationaler Ebene eine neue Bedeutung bekommen wird. Da müssen wir aufpassen, dass wir nicht Daten erheben, die letztlich kein Steuerungswissen generieren. Auf der anderen Seite müssen wir die richtigen Fragen stellen. Wie die Schulen künftig evaluiert werden, ist noch nicht abschliessend festgelegt. Es gibt verschiedene Bedürfnisse, die abgedeckt werden müssen, und zwar von Eltern, Lehrpersonen oder einzelnen Schulbehördenmitglieder, die teilweise direkt an uns gelangen. Eine gänzliche Abschaffung sowohl der Schulaufsicht als auch der Schulevaluation ist nicht zuletzt wegen der gesetzlichen Aufsichtspflicht nicht möglich. Ich betone aber noch einmal, dass wir das Aufgabengebiet zurzeit überprüfen. Entscheide sind noch keine gefällt worden.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Investitionsrechnung (Seite 66 des Zahlenteils mit den entsprechenden Anmerkungen in der Budget-Botschaft)

Diskussion - **nicht benützt.**

Finanzplan 2013 - 2015 (Seiten 26 bis 36)

Diskussion - **nicht benützt.**

Präsident: Ich frage Sie an, ob jemand auf einen Punkt zurückkommen möchte. Das ist nicht der Fall.

3.5 Departement für Justiz und Sicherheit

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Zusammensetzung der Subkommission DJS:

- Josef Bieri, Kreuzlingen (Vorsitz)
- Erwin Imhof, Bottighofen
- Norbert Senn, Romanshorn
- David Zimmermann, Braunau

Allgemeine Bemerkungen zum Voranschlag 2012 und Finanzplan 2013 - 2015

Die allgemeinen Bemerkungen sind diesmal umfassender. Der Perspektivenwechsel der Finanzen und zusätzliche Erläuterungen des Departementschefs ergaben viele interessante Hinweise, die teilweise weitergegeben werden.

Es ist erfreulich, dass die Budgeteingabe 2012 1,2 Millionen Franken unter dem Finanzplanziel liegt. Positiv ist auch, dass der Kanton im interkantonalen Vergleich die zweit-tiefsten Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung für seine Aufgabenerfüllung hat. Zu kritisieren jedoch ist, dass im Finanzplan die Aufwendungen kontinuierlich wachsen, bei den Erträgen aber mit gleich bleibenden Einnahmen gerechnet wird. Finanzpolitisch hat das Klima gewechselt, und es stehen uns jetzt einige "magere" Jahre bevor. Deshalb hätten wir eigentlich ein stärkeres Gegensteuer erwartet. Gleichzeitig möchten wir aber auch feststellen, dass das DJS etliche, vor allem vom Bund verlangte Änderungen erfolgreich und mit Augenmass durchgeführt hat. Die früheren Zeiten, wo so genannte grosse Würfe in einer längeren Konsolidierungsphase verdaut werden konnten, scheinen vorbei zu sein.

Die einzelnen Steigerungen werden wie folgt begründet:

- Personalkosten DJS 107 Millionen Franken; plus 2,5 % TZ/Generell = 2,6 Millionen Franken.
- Fachstelle Pflegekinderwesen ab 2013 zu 100 %: Fr. 472'000 mit Personalnebenkosten.
- Bestandserhöhung Kantonspolizei: Sach- und Personalaufwand: plus 1 Million Franken. Insgesamt sind dies 4,62 Millionen Franken.

Eine von der Subkommission angeregte Plafonierung zwischen 40 und 42 Millionen Franken würde einen konkreten Leistungs- und Personalabbau bedingen. Dies ist besonders im DJS schwer realisierbar, da die meisten Leistungen von Gesetzes wegen erbracht werden müssen. Sie könnte mit einem Verzicht auf die Bestandserhöhung bei der Kantonspolizei oder/und der Fachstelle Pflegekinderwesen erreicht werden. Beides ist für den Regierungsrat nicht verantwortbar.

Die Prüfungsintervalle beim Strassenverkehrsamt sind heute 4, 3, 2, 2, ... Jahre. Der Kanton ist - wie viele andere Kantone auch - damit im Rückstand. Er hält aber diesen Rhythmus als nicht mehr zeitgemäss und hat deswegen über das Bundesamt für Stras-

sen (ASTRA) bei Bundesrätin Leuthard interveniert. Es befasst sich jetzt die Vereinigung der kantonalen Strassenverkehrsämter (asa) mit einer Änderung dieser Regelung.

Neue Bezirke: Im Sinne eines Berichtes zum aktuellen Stand wird festgehalten, dass sich die Betroffenen gut eingelebt haben und überall motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind. Die klaren Strukturen bei der Strafverfolgung mit einem einzigen Chef sind sehr hilfreich. Ein positiver Nebeneffekt der neuen Bezirke ist, dass die Übersichten und Feststellungen der statistischen Dienststelle viel aussagekräftiger sind.

Nach der Ablehnung der Volkswahl der Grundbuchverwalter und Notare wird die Personalauswahl offenbar erleichtert. Das Departement hat klare Vorstellungen über deren Wahl. Wählen wird der Grundbuch- und Notariatsinspektor Linus Schwager unter Beizug des Personalamtes und im Einvernehmen mit dem Departementschef. Es gibt zurzeit keine Absicht zur Abschaffung der Volkswahl der noch übrig gebliebenen Friedensrichter in den Kreisen.

Der Regierungsrat hat sich gegenüber Verdingkindern im Thurgau offiziell entschuldigt (siehe RRB Nr. 683 vom 13. September 2011). Wir begrüssen diese Geste sehr.

Voranschlag 2012

Die Subkommission hat das Schwergewicht auf folgende Punkte gelegt: Personalbestände, Personalkosten, Effizienzsteigerung ohne zusätzliches Personal sowie Dringlichkeit und Notwendigkeit der geplanten Investitionen. Dabei bildeten die neu zu schaffenden Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) und die Fachstelle Pflegekinderwesen ein Schwergewicht. Das Departement hat uns zusätzliche Informationen zu diesen Punkten gegeben. Über die KESB ist inzwischen in der Spezialkommission in sechs Sitzungen diskutiert worden, und der umfassende Kommissionsbericht steht dem Grossen Rat unterdessen zur Verfügung. Eine Problematik entsteht nun in der zeitlichen Behandlung des Geschäftes im Grossen Rat: Das Budget des neuen Amtes (KESB) wird vor der Gesetzesberatung behandelt. Die GFK stellt deshalb den Antrag, das Budget der KESB erst nach der Beratung des Gesetzes in 2. Lesung freizugeben.

5130 Grundbuchämter und Notariate

Seit dem 1. Juli 2011 ist Linus Schwager der neue Amtschef.

5211-5212 Konkursamt und Betreibungsinspektorat

Produktgruppe "Betreibungen": Mit dem Amtschef wurde vereinbart, die Ertragspositionen zu überprüfen. Es kann sein, dass sich daraus eine Intervention in Bern zur Erhöhung der Gebühren ergeben wird.

5250 Staatsanwaltschaft

Die neue Bezirksorganisation wirkt sich positiv auf die Strafverfolgung aus, indem eine hierarchischere und straffer geführte Strafverfolgungsorganisation geschaffen wurde, welche der Gebietsorganisation der Kantonspolizei angepasst ist. Die Jugendanwaltschaft ist neu der Staatsanwaltschaft unterstellt.

5430 Migrationsamt

Der Bund hat dem Amt unter anderem die neue Aufgabe der Erfassung von Biometriedaten für Ausländerausweise zugewiesen, ebenso wie die neue Aufgabe des Abschlusses von Integrationsvereinbarungen. Dies bedingte die Schaffung von insgesamt fünf Stellen. Seit dem 1. September 2011 ist Camillus Guhl neuer Amtsleiter.

5450-5470 Jagd- und Fischereiverwaltung

Im Jagdjahr 2010/11 fand mehr als eine Verdoppelung der Wildschweinabschüsse statt. Dies wirkte sich unter anderem auch auf die Kosten der Fleischschau aus!

5510 Kantonspolizei

Der Kanton macht im Projekt "automatische Kontrollschildererkennungsanlagen" mit. Dies ist ein fahndungstechnisch effizientes Mittel, dessen Einsatz sehr begrüsst wird.

5640 Amt für Bevölkerungsschutz und Armee

Hier wurde unter anderem über die Inspektionen in den Zivilschutzorganisationen gesprochen. Diese geben dem Amt die Möglichkeit, Kommandanten und Kommandos in ihrer Tätigkeit zu unterstützen. Um die Einsatzbereitschaft einer Zivilschutzorganisation aussagekräftig überprüfen zu können, reicht eine Inspektion pro Region nicht aus. Die angestrebten 24 Kontrollen beziehen sich auf die personellen, organisatorischen und materiellen Fachbereiche des Zivilschutzes.

5719 Feuerschutzamt

Unter der Position "Anschaffungen Chemiewehr" ist vor allem der Ersatz des über 20-jährigen Chemierüstfahrzeuges enthalten.

8450 Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden

Wir verweisen auf die umfassenden Bemerkungen zum Voranschlag 2012.

Finanzplan 2013 - 2015

Auch hier wurde nochmals grundsätzlich die Frage der Fortschreibungen der einzelnen Aufwandpositionen der Ämter diskutiert und bemängelt, dass bei den Gebühren beziehungsweise den Ertragspositionen nicht identisch verfahren wird. Die sich auftuende Schere wird entsprechend kritisiert.

Regierungsrat und vorberatende Kommission haben die Vorlage in sechs Sitzungen intensiv beraten und in der Schlussabstimmung einstimmig gutgeheissen.

Aus der Diskussion in der GFK erfolgt der Antrag, das Konto 8450 "Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden" nach Abschluss der 2. Lesung des Gesetzes im Grossen Rat freizugeben, damit unverzüglich die Vorarbeiten ausgelöst werden und die Stellenausschreibung erfolgen kann. Die Präsidentin der GFK wird diesen Antrag einbringen.

Präsident: Ich eröffne die Diskussion.

Erfolgsrechnung (Seiten 135 bis 165 der Budget-Botschaft und Seiten 29 bis 39 des Zahlenteils)

Diskussion - **nicht benützt.**

Investitionsrechnung (Seiten 67 und 68 des Zahlenteils mit den entsprechenden Anmerkungen in der Budget-Botschaft)

Diskussion - **nicht benützt.**

Finanzplan 2013 - 2015 (Seiten 37 bis 43)

Diskussion - **nicht benützt.**

Gerichte

Erfolgsrechnung (Seiten 245 bis 249 der Budget-Botschaft und Seiten 55 bis 63 des Zahlenteils)

Präsident: Wir beschliessen an dieser Stelle über die Kreditsperre im Kontoabschnitt 8450 "Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden" gemäss Ziffer 7 des Beschlussesentwurfes.

Schlatter, CVP/GLP: Ziffer 7 des Beschlussesentwurfes hält fest, dass die Kredite im Kontoabschnitt 8450 "Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden" mit einer Sperre zu versehen seien. Die GFK beantragt, dass sie vom Grossen Rat die Kompetenz erhält, die Kredite teilweise oder ganz freizugeben. Ich bin der Meinung, dass die GFK nicht die Aufgabe hat, "Kettenhund" des Regierungsrates zu sein. Es hat mich gestört, wie über die Presse kommuniziert wurde, was die GFK alles tun will. Man bekam dabei ein wenig den Eindruck, dass das Ratsplenum nur noch dazu da ist, Anträge der GFK abzunicken und durchzuwinken. Folgende Gründe sprechen gegen die Kreditsperre: Der Grosse Rat wird voraussichtlich am 21. Dezember 2011 und am 11. Januar 2012 über das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht sowie die Anpassungsgesetzgebung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch beraten. Sobald er dies getan hat, ist klar, wie umfangreich die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden sein werden, wie viele Behörden es sein werden und wo sie angesiedelt werden. Mit der Kreditsperre senden wir ein völlig falsches Signal an die potentiellen Mitarbeiter dieser Behörden. Ich erinnere daran, dass beispielsweise Zürich und St. Gallen ihre Behördenkörper bereits bestimmt haben und auf der Suche nach tauglichen Mitgliedern sind. Auf der anderen Seite muss der Regierungsrat im Personalbereich die Möglichkeit haben, Ausschreibungen zu tätigen und abzuklären, wer sich dafür eignet, Mitglied der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden zu sein. Der Regierungsrat ist ohne Weiteres in der Lage, nach den Beschlüssen des Grossen Rates die Behördenkörper entsprechend zu rekrutieren. Die GFK hat es vielleicht gut gemeint. Faktisch gesehen führt dies aber doch zu einem recht

hohen Schadenspotential, weil wir nicht wissen, welches Zeichen damit ausgelöst wird. Die Kreditsperre ist nicht notwendig. Ich **beantrage** daher, Ziffer 7 des Beschlussesentwurfes ersatzlos zu streichen. Die CVP/GLP-Fraktion steht einstimmig hinter diesem Antrag.

Thorner, SP: Das Signal der GFK ist in der Tat sehr negativ. In der Kommission zur Vorberatung des Gesetzes war man sich einig darüber, dass bewährte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden eine Zukunft haben sollen. Man hatte eigentlich damit gerechnet, dass die Gesetzesberatungen in der Novembersitzung erfolgen werden. Nun auch noch mit einer Kreditsperre konfrontiert zu werden, hat den Präsidien der Vormundschaftsbehörden grosse Sorgen bereitet. In den Vormundschaftsbehörden will man bis Ende Jahr eine sehr gute Arbeit leisten. Wenn sich unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angesichts dieser Verzögerungen bei anderen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden bewerben (entsprechende Ausschreibungen haben beispielsweise in Andelfingen oder in Winterthur bereits stattgefunden) und unsere Stellen verlassen, was per 1. Juli, 1. September und 1. November der Fall sein kann, haben wir für die letzten zwei Monate keine Leute mehr. Darum bin auch ich der Meinung, dass die Kreditsperre nicht nötig ist.

Winiger, GP: Ich unterstütze den Antrag Schlatter. Einerseits hat der zuständige Regierungsrat der GFK zugesichert, dass er das Budget aufgrund der Entscheidungen im Rat entsprechend kürzen würde. Es besteht schon ein arges Misstrauen gegenüber dem Regierungsrat, wenn die GFK diesem Votum nicht vertraut. Andererseits stellt sich die Frage, woher die GFK bei der Freigabe des Kredites das Wissen darüber nimmt, welche Kürzung korrekt ist. Mit welchen Auswirkungen ist in Bezug auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Räume zu rechnen? Ich nehme an, dass hinter den budgetierten 2,6 Millionen Franken konkrete Überlegungen stehen. Wie will die GFK "auf die Schnelle" fundierte Entscheidungen treffen? Abgesehen davon fiel der Entscheid, die Ziffer 7 in den Beschlussesentwurf aufzunehmen, in der Schlussabstimmung der GFK mit 10:8 Stimmen relativ knapp aus. Eine allfällige Kürzung des Betrages gäbe wohl wiederum zu Diskussionen Anlass. Einen Entscheid, der durchaus zu roten Köpfen im Rat führen könnte, dürfte in meinen Augen nur der Grosse Rat fällen. Nur er ist legitimiert dazu. Abschliessend möchte ich noch eine grundsätzliche Überlegung zu diesem Vorgehen anbringen: Weil die Rahmenbedingungen nicht klar sind, hätte der Grosse Rat gerne eine Kompetenz an die GFK abgeben wollen. Um diese Unsicherheit zu überspielen, wird ein neuer Weg beschritten, und zwar nach dem Motto: Wir haben ein Problem geortet, die Lösung ist, das Geschäft weiterzugeben. Eine solche Problemlösung ist allerdings mit einem Makel behaftet. Die GFK erhält eine Finanzkompetenz, die nach der Geschäftsordnung des Grossen Rates nicht vorgesehen und damit zumindest nach meinem Verständnis juristisch fragwürdig ist. Schlimmer für die GP-Fraktion ist indes, dass der

Grosse Rat auf dem besten Weg zu einem "Zweiklassenrat" ist, wenn er sich auf diesen Weg begibt. Dies lehnen wir mit aller Vehemenz ab.

Grau, FDP: Im Namen der FDP-Fraktion bitte ich Sie, den Antrag Schlatter abzulehnen. Die GFK hat sich intensiv mit der Budgetfreigabe rund um die Ausgaben für die künftigen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden beschäftigt. Dabei war sie sich sehr wohl des zeitlichen Druckes bezüglich Organisation und Rekrutierung der KESB bewusst. Trotzdem soll der Gesetzfindungsprozess zuerst abgeschlossen werden, bis die entsprechenden Mittel gesprochen werden. Im Sinne der klaren Aufgabenteilung an die GFK in Bezug auf die Budget- und Rechnungsprozesse bitte ich Sie, die von der GFK beantragte Vorgehensweise gutzuheissen und speziell die Freigabe der Mittel für die künftigen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden bei der GFK zu belassen. Dabei dürfen Sie sich auf eine speditive Freigabe der Mittel durch die GFK verlassen. Es liegt ihr fern, die Rekrutierung guter Fachleute länger als nötig hinauszuschieben. Dazu braucht die GFK keine Tage oder Wochen. Es ist vorgesehen, die Freigabe direkt nach den Gesetzesberatungen zu erlassen. Es ist aber auch Aufgabe der heutigen Vormundschaftsbehörden, die entsprechenden Informationen an ihre jetzigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abzugeben. Ich bitte Sie, die Ziffer 7 des Beschlussesentwurfes nicht zu streichen.

Dr. Streckeisen, EVP/EDU: Die EVP/EDU-Fraktion unterstützt den Antrag Schlatter. Wir sind überzeugt, dass es die Kreditsperre überhaupt nicht braucht. So viel Vertrauen müssen wir zum Regierungsrat haben, dass er die Stellen im richtigen Zeitpunkt ausschreibt. Es ist im Übrigen ein operatives Geschäft und kein Geschäft des Grossen Rates. Ich mache mir wirklich Sorgen darüber, dass sich gute Fachkräfte in Winterthur oder in St. Gallen bewerben und uns verloren gehen. Wenn die Kreditsperre auch nur zwei oder drei Leute dazu veranlasst, dies zu tun, sind es eben zwei oder drei zu viel. Wir haben keine riesige Auswahl an guten Fachkräften. Das Anliegen des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes ist für uns so wichtig, dass wir diesbezüglich keine Gefährdung in Kauf nehmen wollen.

Schallenberg, SP: Wenn wir der Kreditsperre zustimmen, kann der Kanton Thurgau erst nach dem definitiven Abschluss der Gesetzesberatungen ausschreiben. Das heisst, dass die Kantone Zürich oder St. Gallen unsere besten Praktiker bereits angestellt haben. Das kann nicht sein. Ich bitte Sie, den Antrag der GFK abzulehnen und dem Antrag Schlatter zuzustimmen.

Imhof, SVP: Ich habe Mühe damit, wie das Signal ausgedeutet wird. Die Nichtausschreibung ist ein Problem. Der Kanton St. Gallen hat die Stellen ausgeschrieben, obwohl Gesetz und Budget noch nicht verabschiedet worden sind. Der Kanton Zürich hat dies ebenfalls getan. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Stellen ausgeschrieben

werden können, ohne die Gesetzesdebatte abzuwarten. Im Weiteren sind wir der Auffassung, dass das vorliegende Budget vor allem im Bereich der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden gekürzt werden muss. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag Schlatter abzulehnen.

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Die GFK hat nach harten Diskussionen den vorliegenden Antrag formuliert. Diesbezüglich lagen weiter gehende Anträge vor. Die Kreditsperre hat die GFK als das verantwortbarste Instrument erachtet. Wenn aber heute die Forderung im Raum steht, dass man bereits jetzt ausschreiben sollte, dann ist dies eine andere Ausgangslage, worüber die GFK nicht diskutiert hat. Die GFK hat die Kreditsperre unter anderen Voraussetzungen beschlossen.

Lei, SVP: Solange wir nicht wissen, wie viele Stellen es braucht, brauchen wir auch keinen Kredit. Die Kreditsperre kann daher bestehen bleiben. Den Zeitplan hat der Regierungsrat gemacht, der nun versucht, uns unter Zeitdruck zu setzen, damit seine Variante durchkommt. Alles, was jetzt nötig ist, sind etwa zwei Inserate, die vielleicht Fr. 5'000 (nicht 2,6 Millionen Franken) kosten. Der Regierungsrat soll an die Ausschreibung gehen. Den Leuten kann man sagen, dass die Stelle sicher im Thurgau zu besetzen sein wird.

Regierungsrat **Dr. Graf**: Der Regierungsrat hat ein sehr grosses Interesse daran, die Ausschreibungen möglichst bald vorzunehmen. Er ist daran interessiert, dass die qualifizierten Fachpersonen, die heute in diesem Bereich im Kanton Thurgau tätig sind, auch in Zukunft für den Kanton Thurgau arbeiten können. Unser Departement hat sich deshalb auch erlaubt, die Vormundschaftsbehörden jeweils über den Gang der Dinge direkt zu informieren. Damit signalisieren wir auch weiterhin unser Interesse. Wenn die Kreditsperre beseitigt ist, wird die vorbereitete Ausschreibung gestartet. Dies kann bereits nach den Gesetzesberatungen in 1. Lesung sein, wenn einigermaßen klare, eindeutige Resultate vorliegen, beispielsweise bezüglich Behörden, Aufgabenbereich, Entlohnung, Lohnklassen, Wahlgremium, Rahmenbedingungen für die Vorbereitung bis zum 1. Januar 2013. Sie müssen auch wissen, wie die Kreditsperre in der GFK zustande gekommen ist. Es ist zur Diskussion gestanden, den Betrag vollständig zu streichen und den Regierungsrat zu verpflichten, Ihnen im Laufe des kommenden Jahres nach Abschluss der Gesetzesberatungen einen Nachtragskredit zu unterbreiten. Das, was man dann beschlossen hat, war sinngemäss eine vermittelnde Lösung, die aber ganz eindeutig unter dem Vorbehalt stand, dass der Regierungsrat diesbezüglich nichts tun kann. In diesem Sinn fühlt sich der Regierungsrat natürlich an die Kreditsperre gebunden. Die Interpretation von Kantonsrat Lei erstaunt etwas, ist aber auch bezeichnend dafür, dass grosse Interessensunterschiede zwischen den einzelnen Kommissionen bestehen. In der Kommission zur Vorberatung des Gesetzes war man der Meinung, dass der Regierungsrat schon vor ei-

nem halben Jahr hätte ausschreiben können, und in der GFK hat man den Regierungsrat gebeten, diesbezüglich jetzt nichts zu tun. In diesem Dilemma stecken wir, und ich bitte Sie schon, heute mit einer klaren Entscheidung zu signalisieren, in welche Richtung es gehen soll. Der Regierungsrat hat jedenfalls ein grosses Interesse daran, die heute im Kanton Thurgau tätigen Fachpersonen hier zu behalten und anzustellen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsident: Ich schlage vor, den Antrag der GFK und den Antrag Schlatter einander gegenüberzustellen. **Stillschweigend genehmigt.**

Abstimmung: Der Antrag Schlatter obsiegt gegenüber dem Antrag der GFK mit 58:53 Stimmen.

Präsident: Das heisst, dass die Ziffer 7 des Beschlussesentwurfes gestrichen ist.

Finanzplan 2013 - 2015 (Seiten 63 und 64)

Diskussion - **nicht benützt.**

Präsident: Ich frage Sie an, ob jemand auf einen Punkt zurückkommen möchte. Das ist nicht der Fall.

3.6 Departement für Bau und Umwelt

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Zusammensetzung der Subkommission DBU:

- Margrit Aerne, Lanterwil (Vorsitz)
- Hansjürg Altwegg, Sulgen
- Thomas Böhni, Frauenfeld
- Heidi Grau, Zihlschlacht

Allgemeine Bemerkungen zum Voranschlag 2012 und Finanzplan 2013 - 2015

Das Departement für Bau und Umwelt budgetiert für 2012 um 0,8 % oder Fr. 287'000 unter dem Voranschlag 2011. Die Nettoinvestitionen liegen um 1 % oder Fr. 696'000 über dem Voranschlag 2011. Die Bruttoinvestitionen steigen um 15,9 % oder 17,933 Millionen Franken. Diesen stehen aber auch Mehreinnahmen von 17,237 Millionen Franken gegenüber. Sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau ist der Investitionsbedarf gross.

Die folgenden drei grösseren Objektkredite wurden der GFK separat vorgestellt:

- Kantonsspital Münsterlingen: Projekt "3i";
- Pädagogische Maturitätsschule Kreuzlingen: Sanierung Guyerbauten;
- Bildungs- und Beratungszentrum Arenenberg: Neubau Kompetenzzentrum.

Die Legislatur- sowie die Jahresziele werden im DBU mehrheitlich erfüllt. Einige Aufgaben setzen sich in der nächsten Legislatur fort oder mussten aufgrund externer Einflüsse sistiert werden. Beim DBU ist kein weiteres Stellenwachstum vorgesehen. Jedoch sind insbesondere jene Ämter, welche durch die Hochkonjunktur ein höheres Arbeitsvolumen zu bearbeiten haben, sehr belastet.

Im Weiteren wird aufgrund der neuen Vorschriften des Bundes die Naturgefahrenvorsorge und Gewässerraumsicherung, die auf Kantonsebene umgesetzt werden müssen, ein Stellenwachstum notwendig.

Voranschlag 2012

6010-6015 Generalsekretariat

Die neue Stelle "Generalistin Führungsunterstützung" konnte mit lic. phil. I Karin Enzler per 1. Oktober 2011 besetzt werden.

Der geplante Termin zur Inkraftsetzung des neuen Planungs- und Baugesetzes auf den 1. Januar 2012 kann nicht eingehalten werden.

Auf Seite 173 der Budget-Botschaft sind unter dem Konto 6015 "Massnahmen zum Schutz und zur Pflege der Natur und Heimat" die Zahlen gemäss nachfolgender Darstellung korrekt:

6015 Massnahmen zum Schutz u. zur Pflege d. Natur u. Heimat	Budget 2012	Budget 2011	Rechnung 2010	B 2012 / B 2011		B 2012 / R 2010	
				Abw. Fr.	%	Abw. Fr.	%
Aufwand	5'044'000	4'762'000	5'983'264	282'000	5.9	-939'264	-15.7
Einlage in Spezialfinanzierung		0	0	0	0.0	0	0.0
Ertrag	2'907'000	3'155'800	3'269'807	-248'800	-7.9	-362'807	-11.1
Entnahme aus Spezialfinanzierung	2'137'000	1'606'200	2'713'457	530'800	33.0	-576'457	-21.2
Saldo	0	0	0	0	0.0	0	0.0

6110-6120 Amt für Raumplanung

Auf Seite 175 der Budget-Botschaft resultiert der Aufwandanstieg unter dem Konto 6110 "Amt für Raumplanung", Produktgruppe "Information", zur Hauptsache aus dem Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkung, weil ergänzende Arbeiten im "ThurGis" notwendig wurden.

Der Mehraufwand in der Produktgruppe "Natur und Landschaft" ist mit der Umsetzung des Moorschutzes zu erklären.

6210 Hochbauamt

Aus den Beratungen der GFK ergeben sich folgende Änderungen im Bauprogramm Hochbauten 2012 - 2015: Im Abschnitt "b. zu beschliessende Objektkredite Neubauten, Umbauten" entfällt das Vorhaben "Kantonsspital Münsterlingen, UT-Garage Ost inkl. Erschliessung" (Objektkredit von 2 Millionen Franken), da die Finanzierung über die Spital Thurgau AG erfolgt. Wegen mangelnder Wirtschaftlichkeit wird das Vorhaben "BBZ Arenenberg, Neubau Kompetenzzentrum Beratung" (Objektkredit von 5,2 Millionen Franken) in den Abschnitt "c. Projekte im Finanzplan" verschoben und dem Grossen Rat mit dem Voranschlag 2013 in überarbeiteter Form neu zum Beschluss unterbreitet.

Der Beschluss über die Gebundenheit des Projektes "HORIZONT" soll erst gefällt werden, wenn die Ergebnisse der Arbeitsgruppe "Spitalfinanzierung" vorliegen.

Damit ergeben sich folgende Änderungen in den Schlussanträgen:

- anstelle des beantragten Gesamtinvestitionsvolumens von 54 Millionen Franken sind neu 46,8 Millionen Franken zu beschliessen;
- der Beschluss über die Gebundenheit des Projektes "HORIZONT" entfällt.

Die Nettoinvestitionen im Bauprogramm Hochbauten 2012 - 2015 ändern sich wie folgt:

Nettoinvestitionen Bauprogramm Hochbauten 2012 - 2015	Betrag gemäss Budgetbotschaft (in Mio. Fr.)	Betrag mit Änderungen (in Mio. Fr.)
Budget 2012	37.620	35.020
FiPI 2013	36.250	33.750
FiPI 2014	41.080	44.180
FiPI 2015	43.520	43.520

6310-6330 Tiefbauamt

Das Tiefbauamt erstellte drei Werkstattberichte, um betroffene Landbesitzer sowie die Bevölkerung über das Projekt "BTS / OLS" zu informieren. Das Projekt wird von der Projektleitung in einem Vollzeitpensum bearbeitet.

Unter dem Konto 6310 "Anschaffungen Fahrzeuge" in der Investitionsrechnung der Budget-Botschaft auf Seite 190 werden ausgediente Fahrzeuge ersetzt.

Im Tiefbauprogramm 2012 - 2015 auf Seite 195 der Budget-Botschaft wird unter "b. zu beschliessende Projekte" die Position "Münsterlingen Verkehrs- und Erschliessungskonzept SPM + HNZZ" aufgrund der Tatsache, dass aktuell zu wenig Parkplätze zur Verfügung stehen, vorgezogen.

6510-6520 Amt für Umwelt

2012 werden im Zusammenhang mit Nachkonzessionen von Bauten und dem Fortschritt des Projektes gemäss Budget-Botschaft auf Seite 200 mehr Einnahmen anfallen.

In der Produktgruppe "Wasserwirtschaft / Hydrometrie" auf Seite 202 der Budget-Botschaft werden infolge der neuen Ausrichtung bei MeteoSchweiz 14 Messstationen, deren Messresultate früher dem Amt für Umwelt gemeldet wurden, eingestellt. In Betrieb sind weiterhin 34 Messstationen, die betreut und deren Daten bearbeitet werden müssen.

6610-6620 Forstamt

Der neue Amtschef hat sich gut eingearbeitet.

Finanzplan 2013 - 2015

Die Investitionen halten sich auf einem hohen Niveau.

Die unter "Bauprogramm Hochbauten 2012 - 2015" aufgeführten Abschnitte "b. zu beschliessende Objektkredite Neubauten, Umbauten" und "c. Projekte im Finanzplan" auf Seite 50 des Finanzplanes sind aufgrund der Veränderungen im Voranschlag anzupassen (siehe 6210 Hochbauamt).

Präsident: Ich eröffne die Diskussion.

Erfolgsrechnung (Seiten 169 bis 208 der Budget-Botschaft und Seiten 40 bis 44 des Zahlenteils)

Präsident: Wir beschliessen an dieser Stelle über die Genehmigung der Rahmenkredite für Programmvereinbarungen des DBU gemäss Ziffer 4.1 des Beschlussesentwurfes.

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Bei der Ziffer 4.1 geht es um die Rahmenkredite für Programmvereinbarungen des DBU. Die GFK unterstützt den Antrag des Regierungsrates einstimmig.

Diskussion - **nicht benützt.**

Abstimmung: Der Rat beschliesst mit grosser Mehrheit: Die Rahmenkredite mit Bruttogebühren von insgesamt Fr. 25'656'200 für die Erfüllung der Programmvereinbarungen 2012 - 2015 in den Bereichen Schutzbauten Wald, Schutzwald, Biodiversität im Wald und Waldwirtschaft (zusammen Fr. 9'651'200), Lärm- und Schallschutz (Fr. 4'000'000), Schutzbauten Wasser (Fr. 7'715'000), Revitalisierungen (Fr. 4'290'000) werden gestützt

auf §§ 12a und 12b des Gesetzes über den Finanzhaushalt genehmigt.

Präsident: Zum Abschnitt "Hochbauten" liegen drei Anträge der GFK vor, welche die Investitionsrechnung betreffen. Ich schlage vor, dass wir die Investitionsrechnung - was die drei Anträge betrifft - an dieser Stelle beraten, denn sie haben Einfluss auf die Ziffer 2.3 des Beschlussesentwurfes, über die wir dann im Anschluss daran beschliessen. **Stillschweigend genehmigt.**

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Der erste Antrag der GFK beinhaltet eine Reduktion der zu beschliessenden Objektkredite um 7,2 Millionen auf neu 46,8 Millionen Franken mit der einhergehenden Budgetkorrektur von 2,6 Millionen Franken. Dabei soll das Vorhaben "BBZ Arenenberg, Neubau Kompetenzzentrum Beratung" mit dem Betrag von 2,1 Millionen Franken auf 2013 verschoben werden. Der GFK ist es wichtig, hier nochmals zu betonen, dass sie den Neubau unterstützt, jedoch die Wirtschaftlichkeit des Neubaus überprüft werden muss. In Absprache mit Regierungsrat Dr. Jakob Stark wurde die Verschiebung als Antrag an den Grossen Rat beschlossen. Zum zweiten Antrag der GFK: Das Vorhaben "Kantonsspital Münsterlingen, UT-Garage Ost inklusive Erschliessung" mit einem Gesamtkredit von 2 Millionen Franken wurde gestrichen. Damit entfällt im Budget 2012 eine Jahrestranche von 0,5 Millionen Franken. Diese Kosten werden von der Spital Thurgau AG übernommen. Der dritte Antrag betrifft die gebundenen Ausgaben. Die GFK beantragt, beim Vorhaben "Kantonsspital Frauenfeld, Anbau Nord und Bettenhaus (Projekt 'HORIZONT')" das "g" für gebundene Ausgaben zu streichen. Die Finanzierung dieser Investition ist aufgrund der Fallpauschalen noch unklar. Der Regierungsrat hat zur Klärung der offenen Fragen eine Arbeitsgruppe "Spitalfinanzierung" eingesetzt. Erst nach Vorliegen des Berichtes kann man beschliessen, wie die Finanzierung vonstatten gehen soll. Ich bitte Sie, die drei Anträge der GFK zu unterstützen.

Zweifel, FDP: Ich spreche zum Kantonsspital Münsterlingen, Umbau/Erweiterung OPS, IS, ZSVA (3i) unter lit. b. auf Seite 182 der Budget-Botschaft. Für die vorgesehenen Investitionen auf dem Spitalcampus Münsterlingen danke ich dem Regierungsrat bestens. Vielfach werden so grosse Objekte durch einen Wettbewerb nach den SIA-Normen vergeben. Dies ist auch beim vorliegenden Bauvorhaben der Fall. Wiederum hat ein im Kanton Thurgau bekanntes Architekturbüro den Zuschlag erhalten. Das Projekt verdient Lob und Anerkennung, fügt es sich doch sowohl baulich als auch landschaftlich harmonisch in die Gegend ein und passt sich den bestehenden Spitalbauten an. Kein Lob kann allerdings in Bezug auf die aufgezeigte Parkierung ausgesprochen werden. Rund um die Klosterkirche Münsterlingen sind über 900 Parkplätze angeordnet. Die Klosterkirche Münsterlingen steht unter eidgenössischem Denkmalschutz. Zudem ist im Kantonalen Richtplan vom Juni 2009, Abschnitt "Verkehr", folgender Planungsgrundsatz in Ziffer 3.3 festgehalten: Parkierungsanlagen sollen möglichst flächensparend in Gebäuden erstellt

werden. Die Gemeinde Münsterlingen wäre nicht traurig, wenn möglichst viele Parkplätze unter dem Boden angeordnet würden. Das Bild auf Seite 15 der uns vom DBU zu diesem Projekt zugestellten Dokumentation ist nicht realistisch: Neben dem Neubau ist lediglich ein einziges Automobil zu sehen. Der Kanton hat als Vorbild zu dienen und zu handeln. Ich würde gerne im Rat über die Anordnung der Fahrzeuge diskutieren, und mich interessiert natürlich die Meinung der anderen Fraktionen bezüglich der vielen Fahrzeuge um die Klosterkirche Münsterlingen. Ferner gelange ich mit folgenden Fragen an den Regierungsrat: Wie viele Parkplätze sind derzeit überirdisch um die Klosterkirche angeordnet? Warum sind mit dem Neubau "3i" keine Parkplätze in einer Tiefgarage in die Planung aufgenommen worden? Stimmt es, dass derzeit ein Verkehrs- und Parkierungskonzept in Bearbeitung ist? Hat der Regierungsrat Kenntnis davon? Warum wurde das Konzept nicht in die Planung "3i" aufgenommen? Stimmt es, dass die Finanzierung der Parkplätze beziehungsweise Garagenplätze zwischen dem Kanton und der Spital Thurgau AG nicht geregelt ist? Sofern die Finanzierung geregelt ist, würde mich die genaue Aufteilung interessieren. Sollte also wirklich demnächst ein Verkehrs- und Parkierungskonzept vorliegen, müssen die Ergebnisse dieses Konzeptes in die weitere Bearbeitung mit eingebunden werden. Die FDP-Fraktion verlangt, dass möglichst viele Fahrzeuge unter Terrain angeordnet werden. Mit dem Verkehrs- und Parkierungskonzept hat sich meines Erachtens die GFK auseinander zu setzen. Sie soll prüfen, ob Massnahmen notwendig sind. Je nach Ausgang der Diskussion behalte ich mir vor, einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Dr. Wälti, SP: Ich spreche zum Kantonsspital Frauenfeld, Anbau Nord und Bettenhaus (Projekt "HORIZONT"), auf Seite 186 der Budget-Botschaft. Im Bericht der GFK steht zum DBU: "Mit der Einführung der Fallpauschalen muss die heutige Kostenaufteilung beziehungsweise Besitzverhältnisse analysiert werden. Diesbezüglich hat der Regierungsrat eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen." Ich bringe meine Anmerkungen unter den Bauten an, obwohl sie auch unseren "Gesundheitsminister" betreffen. Es erstaunt, dass der Regierungsrat zum jetzigen Zeitpunkt eine Arbeitsgruppe ins Leben rufen will. Die Frage nach der Kostenaufteilung bei Investitionen in Spitalbauten hat relevanten Einfluss auf die Base Rate. Die Base Rate ist der entscheidende Faktor zur Ermittlung der Kosten bei Fallpauschalen. Dass diese Frage kurz vor der Einführung der Fallpauschalen am 1. Januar 2012 ungeklärt ist, ist unverständlich. Da wird trotz aller Unkenrufe ein bedeutendes System eingeführt, dessen Kosten noch völlig im Dunkeln liegen. Die Hausaufgaben wurden hier nicht gemacht. Schweizweit herrscht ein regelrechtes Gerangel um den Ausbau der Spitäler in Millionenhöhe. Patienten sollen angelockt werden, ohne dass die wahren Kosten bekannt sind. Kein seriöses Wirtschaftsunternehmen würde so planen. Nicht umsonst haben wir im Namen der SP anlässlich der Diskussionen über die Spitalfinanzierung eine Standesinitiative eingereicht. Das geforderte Moratorium weist gerade auf diesen Missstand hin. Fragen zur Kostenaufteilung oder darüber, wie

sich die Besitzverhältnisse von Bauten auf die Kosten auswirken, hätten im Vorfeld geklärt werden müssen. Die Stellungnahme des Regierungsrates zur Standesinitiative lässt auf sich warten. Nun steht aber fest: Unsere Kranken werden ab Januar 2012 fallweise pauschalisiert. Ob das gut ausgeht, werden wir bald erfahren. Gestatten Sie mir als Mediziner noch folgende Bemerkung: Bis heute habe ich nicht verstehen können, wie unsere Gesundheit, unser höchstes persönliches Gut, mit den Kosten für einen neuen Betten-trakt in Verbindung zu bringen ist.

Winiger, GP: Der Objektkredit "Kantonsspital Münsterlingen, Umbau/Erweiterung OPS, IS, ZSVA (3i)" ist an sich unbestritten. Die Parkplatzfrage ist, soweit ich es beurteilen kann, nicht zufriedenstellend gelöst. Abgesehen von den Ergebnissen des Verkehrs- und Parkierungskonzeptes ist aber eines ganz sicher: In zwei Monaten wird kein spruchreifes Projekt auf dem Tisch liegen. Es wird allenfalls Monate dauern, bis über ein angepasstes Projekt entschieden werden könnte. Wollen wir, dass das vorgeschlagene Projekt, das an sich unbestritten ist, für Monate in die Warteschlange geht? Ich meine nein. Dies darf auf gar keinen Fall geschehen. Der Grosse Rat muss heute darüber entscheiden, wie er mit den budgetierten 22,7 Millionen Franken umgehen will. Möchte er den Baukredit zurückstellen oder erinnert er sich an die Strategie, der er zugestimmt hat? Das vorgelegte Projekt entspricht dieser Strategie. Die Parkplatzfrage ist noch nicht ausreichend geklärt. Unmut ist also durchaus angebracht. Wir dürfen aber wegen eines einzelnen Baumes nicht den Wald vergessen, in diesem Fall die Weiterentwicklung der Spital Thurgau AG.

Imhof, SVP: Das Projekt "3i" am Kantonsspital Münsterlingen mit dem Neubau des Operationstraktes wird von der SVP-Fraktion unterstützt. Darin wird aber das bestehende Parkplatzproblem leider nicht gelöst. Durch die grosse Zunahme der ambulanten Behandlungen und der steigenden Belegungszahlen treten bald täglich Parkplatzprobleme auf. Es geht sogar so weit, dass Patienten keine Nachmittagstermine mehr möchten, weil es dann noch schwieriger ist, einen Parkplatz zu finden. Die Spital Thurgau AG stellt im strategischen Konzept die beiden Kantonsspitäler als Leuchttürme dar, welche Kunden aus dem Thurgau, den Nachbarkantonen und aus dem Ausland anziehen sollen. Ohne Lösung des akuten Parkplatzproblem es wird das Ziel der Leuchttürme bestimmt nicht erreicht, und es wird ein wichtiger Standortvorteil aus der Hand gegeben. Ich muss auch festhalten, dass die Spital Thurgau AG dieses Problem schon längst hätte angehen sollen. Das unter der Leitung des Tiefbauamtes ausgearbeitete Verkehrs- und Erschliessungskonzept, insbesondere das Parkleitsystem, wird Verbesserungen bringen, aber das Parkplatzproblem nicht vollständig lösen. Das Kantonsspital Münsterlingen ist am öffentlichen Verkehr nur entlang des Ober- und Untersees gut angeschlossen. Aus dem übrigen Thurgau und den Nachbarkantonen ist die Fahrt mit der Bahn nach Münsterlingen sehr umständlich und zeitaufwendig. Patienten, die regelmässig zur Behandlung nach Münsterlingen reisen müssen, sind oft auf das Auto angewiesen. Für eine positive

Entwicklung des Spitalcampus Münsterlingen müssen zusätzliche Parkplätze geschaffen werden. Die SVP-Fraktion lehnt aber eine Verzögerung des Projektes "3i" ab. Die GFK hat Regierungsrat Dr. Jakob Stark bereits den Auftrag erteilt, für die beiden Kantonsspitäler unterirdische Parkierungskonzepte vorzulegen. Dieses Vorgehen ist sinnvoller und erfolgversprechender.

Martin, SVP: Die Frage der DRG und der neuen Spitalfinanzierung haben wir im Frühjahr besprochen. Deshalb sind DRG und neue Spitalfinanzierung ein Faktum. Der Regierungsrat hat sie zügig umgesetzt. Im Vergleich ist die Situation im Thurgau viel besser als in anderen Kantonen. Ich erinnere an die Kantone Bern, Zürich oder Waadt. Die Kritik von Kantonsrat Dr. Wälti entlud sich nicht am Bauprojekt, sondern er benutzte dieses einfach, um seine Stimmung gegenüber einer bundesgesetzlich bedingten Revision, die wir im Rat schon verabschiedet haben, auszudrücken.

Kommissionspräsidentin **Komposch, SP:** Ich danke Kantonsrat Imhof für sein Votum. Er hat klargestellt, dass die GFK dem Regierungsrat einen Auftrag erteilt hat. Ich möchte noch präzisieren, dass Regierungsrat Dr. Jakob Stark der GFK das Versprechen abgegeben hat, dass er das Verkehrs- und Erschliessungskonzept nochmals überarbeiten wird. Am vorliegenden Konzept beteiligt waren drei verschiedene "Player", nämlich die Gemeinde Münsterlingen, die Spital Thurgau AG und der Kanton. Insofern standen sich auch verschiedene Interessen gegenüber. Aber wir haben die Zusage von Regierungsrat Dr. Jakob Stark, dass er die Problematik, die in den Protokollen der GFK auf etwa drei Seiten dokumentiert ist, nochmals anschauen wird.

Regierungsrat **Dr. Stark:** Eigentlich sind die neuen Operationssäle beim Projekt "3i" viel wichtiger als die Parkplätze. Aber vielleicht ist jetzt der Moment, um einmal darüber zu diskutieren. Die Parkplatzfrage ist etwa seit eineinhalb Jahren aktuell. Damals war Kantonsrat und Gemeindeammann Fritz Zweifel bei mir und hat gefragt, ob beim Projekt "3i" unterirdische Parkplätze vorgesehen seien. Wir haben eine Arbeitsgruppe eingesetzt und dann gesehen, dass beim Projekt "3i" das erste Untergeschoss für das Spital und das zweite Untergeschoss für einen Notoperationssaal mit Verbindungskanälen genutzt wird. Wir haben damals dargelegt, dass im zweiten Untergeschoss etwa 50 Parkplätze erstellt werden könnten, was sehr teuer ist. Weil dann auch noch die Herzklinik hinzukam, wurde ein Verkehrs- und Erschliessungskonzept erstellt. Zur Klarstellung: Einerseits geht es um die Frage, wie viele Parkplätze entstehen sollen. Kantonsrat Imhof hat ausgeführt, dass es zu wenig Parkplätze in Münsterlingen gebe. Diesbezüglich müssen wir zuerst das Verkehrs- und Erschliessungskonzept umsetzen. Ab nächstem Jahr wird konsequent bewirtschaftet und ein Parkleitsystem eingeführt. Erst dann, wenn wir nach ungefähr zwei Jahren feststellen, dass es nicht geht, haben wir überhaupt die Möglichkeit, die Parkplätze zu erweitern. Die Gemeinde Münsterlingen will nicht, dass wir dies

jetzt tun, sondern verlangt genau diesen Prozess, den wir eingeleitet haben. Das Verkehrs- und Erschliessungskonzept war wirklich nötig. Andererseits geht es um die Frage, wo die Parkplätze entstehen sollen. Die Klosterkirche ist von den geplanten Parkplätzen weit entfernt. Ich persönlich habe nichts gegen eine Anzahl oberirdischer Parkplätze. Dabei spielen natürlich auch die Kosten eine Rolle. Wir haben nun versprochen, alle Parkplätze unterirdisch zu bauen. Wenn die Herzklinik baut, wird es eine Tiefgarage geben. Der Kanton wird sich daran beteiligen. Wie wir der GFK versprochen haben, werden wir bis Ende Februar 2012 auch aufzeigen, was es bedeuten würde, alle 953 Parkplätze in Münsterlingen unter den Boden zu versenken. Dies wäre mit Kosten von etwa 20 bis 30 Millionen Franken verbunden. Da sind beide Klinikareale mitgerechnet. Südlich der Kantonsstrasse haben wir 623 Parkplätze. Ich meine auch, dass es langfristig eine Lösung mit einer Tiefgarage geben muss. Wir müssen den richtigen Ort noch eruieren. Auch die Gemeinde Münsterlingen unterstützt eine zentrale Tiefgarage, wobei sich dann die Frage stellt, ob diese alle oberirdischen Parkplätze ersetzen soll. Dies wird sicher zu einem Teil geschehen. Es geht wirklich vorwärts. Das Projekt "3i" hat damit sehr wenig zu tun. Wir präjudizieren nichts. Ich hoffe, damit die Fragen von Kantonsrat Zweifel beantwortet zu haben. Sein Engagement war nicht vergebens. Zu Kantonsrat Dr. Wälti: Über die Spitalfinanzierung hat der Grosse Rat bei der Beratung des betreffenden Gesetzes diskutiert. In der Fallpauschale sind die Investitionskosten enthalten. Die heutige Regelung ist, dass der Kanton die Hüllen, die Mauern, die Wände und die Decken erstellt und von der Spital Thurgau AG ein kostendeckender Mietzins verlangt wird. Wenn alle Bauten beim Spital wären, müssten Sie sich überlegen, wo Parlament und Regierungsrat noch Einfluss nehmen könnten. Wichtig ist, dass der Kanton kostendeckende Mietzinse verrechnet, damit keine Subventionierung stattfindet und wir kein zu teures Spitalwesen haben. Wir stehen im Kanton Thurgau sehr gut da.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Abstimmungen:

- Dem ersten Antrag der GFK wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.
- Dem zweiten Antrag der GFK wird mit 55:0 Stimmen zugestimmt.
- Dem dritten Antrag der GFK wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Präsident: Somit kommen wir zur Abstimmung über die Genehmigung der Objektkredite für die im Bauprogramm Hochbauten 2012 - 2015 unter dem Titel "b. zu beschliessende Objektkredite Neubauten, Umbauten" aufgelisteten Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von Fr. 46'800'000 gemäss Ziffer 2.1 des Beschlussesentwurfes.

Diskussion - **nicht benützt.**

Abstimmung: Der Rat beschliesst mit grosser Mehrheit: Die Objektkredite für die im Bauprogramm Hochbauten 2012 - 2015 unter dem Titel "b. zu beschliessende Objektkredite Neubauten, Umbauten" aufgelisteten Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von Fr. 46'800'000 werden genehmigt.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Genehmigung der Abweichungen in Höhe von insgesamt minus Fr. 300'000 gegenüber den genehmigten Bruttoinvestitionen für die im Bauprogramm Hochbauten 2012 - 2015 unter dem Titel "a. beschlossene Objektkredite Neubauten, Umbauten" aufgeführten Vorhaben gemäss Ziffer 2.2 des Beschlussesentwurfes.

Diskussion - **nicht benützt.**

Abstimmung: Der Rat beschliesst mit grosser Mehrheit: Die Abweichungen in Höhe von insgesamt minus Fr. 300'000 gegenüber den genehmigten Bruttoinvestitionen für die im Bauprogramm Hochbauten 2012 - 2015 unter dem Titel "a. beschlossene Objektkredite Neubauten, Umbauten" aufgeführten Vorhaben werden genehmigt.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über die mit "g" gekennzeichneten Bauvorhaben gemäss Ziffer 2.3 des Beschlussesentwurfes und damit zur Feststellung, welche Ausgaben gebunden sind.

Diskussion - **nicht benützt.**

Abstimmung: Der Rat beschliesst mit grosser Mehrheit: Es wird festgestellt, dass die Kosten für die im Bauprogramm Hochbauten 2012 - 2015 unter den Titeln "b. zu beschliessende Objektkredite Neubauten, Umbauten" sowie "c. Projekte im Finanzplan" mit "g" gekennzeichneten Bauvorhaben

- Pädagogische Maturitätsschule Kreuzlingen, Sanierung Guyerbauten
- Kantonsspital Münsterlingen, Umbau/Erweiterung OPS, IS, ZSVA (3i)
- BBZ Arenenberg, Neubau Kompetenzzentrum Beratung
- BBZ Arenenberg, Schulgebäude Turnhalle, Sanierung Nassräume + Erweiterung Foyer TH
- BBZ Arenenberg, Neukonzeption Schulgärtnerei
- Kantonsspital Münsterlingen, Fassadensanierungen mit jeweiligen Umbauten
- Kantonsspital Frauenfeld, Neubau Parking Süd
- Berufsbildungszentrum Arbon, Gesamtanierung und Anpassungen
- Berufsbildungszentrum Weinfelden, Sanierung und Erweiterung Werktrakt (Geb. C)
- Napoleonmuseum Arenenberg, Umbau Gästehaus

gebundene Ausgaben sind.

Präsident: Wie bereits angekündigt, führen wir zum Abschnitt "Tiefbauten" drei Abstimmungen durch, zuerst über den Baubeschluss gemäss § 15 Abs. 1 des Gesetzes über Strassen und Wege für die im Tiefbauprogramm 2012 - 2015 unter dem Titel "b. zu be-

schliessende Projekte" aufgelisteten Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von Fr. 28'523'000 gemäss Ziffer 3.1 des Beschlussesentwurfes.

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Die drei Anträge des Regierungsrates zu den Ziffern 3.1 bis 3.3 waren in der GFK unbestritten.

Diskussion - **nicht benützt**.

Abstimmung: Der Rat beschliesst mit grosser Mehrheit: Der Baubeschluss gemäss § 15 Abs. 1 des Gesetzes über Strassen und Wege für die im Tiefbauprogramm 2012 - 2015 unter dem Titel "b. zu beschliessende Projekte" aufgelisteten Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von Fr. 28'523'000 wird gefasst.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Abweichungen in Höhe von insgesamt minus Fr. 623'000 gegenüber den genehmigten Bruttoinvestitionen für die im Tiefbauprogramm 2012 - 2015 unter dem Titel "a1. beschlossene Projekte" aufgeführten Vorhaben gemäss Ziffer 3.2 des Beschlussesentwurfes.

Diskussion - **nicht benützt**.

Abstimmung: Der Rat beschliesst mit grosser Mehrheit: Die Abweichungen in Höhe von insgesamt minus Fr. 623'000 gegenüber den genehmigten Bruttoinvestitionen für die im Tiefbauprogramm 2012 - 2015 unter dem Titel "a1. beschlossene Projekte" aufgeführten Vorhaben werden genehmigt.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Genehmigung des Verzichtes in Höhe von insgesamt Fr. 3'070'000 gegenüber den genehmigten Bruttoinvestitionen für die im Tiefbauprogramm 2012 - 2015 unter dem Titel "a2. beschlossene Projekte, Verzicht oder neuer Beschluss (b.)" aufgeführten Vorhaben gemäss Ziffer 3.3 des Beschlussesentwurfes.

Diskussion - **nicht benützt**.

Abstimmung: Der Rat beschliesst mit grosser Mehrheit: Der Verzicht in Höhe von insgesamt Fr. 3'070'000 gegenüber den genehmigten Bruttoinvestitionen für die im Tiefbauprogramm 2012 - 2015 unter dem Titel "a2. beschlossene Projekte, Verzicht oder neuer Beschluss (b.)" aufgeführten Vorhaben wird genehmigt.

Häni, SVP: Ich spreche zum Tiefbauprogramm 2012 - 2015, Tabelle c. "Planungen und Projekte im Finanzplan" auf Seite 196 der Budget-Botschaft. Es geht um die gefährliche Kreuzung Hauptstrasse / Steckbornerstrasse in Pfyn. Nebst den beiden Staatsstrassen werden noch zwei Gemeindestrassen bei diesem Knoten eingelenkt. Die Bevölkerung macht sich Sorgen über die Verkehrssicherheit auf dieser Kreuzung. Erst im vergangenen Oktober ereignete sich an dieser Stelle ein tödlicher Verkehrsunfall. Immer wieder kommt es hier zu Unfällen. Das Problem soll mit einem Kreisell gelöst werden. In der letztjährigen Botschaft des Regierungsrates zum Voranschlag 2011 war der Bau des

Kreisels auf 2012 geplant. Nun wird die Realisierung um drei Jahre nach hinten verschoben. Ich frage Regierungsrat Dr. Jakob Stark, weshalb dieser Knoten noch nicht in Angriff genommen wird.

Regierungsrat **Dr. Stark:** Wir bauen gerne Kreisel, und ich danke Kantonsrat Häni für seine grundsätzliche Zustimmung zu dieser Art von Unfallverhütung. In der Vergangenheit war die angesprochene Kreuzung in Pfyn nicht besonders unfallträchtig, doch haben wir in diesem Jahr eine Häufung an Unfällen gehabt. Ich nehme das Anliegen entgegen. Wir haben verschiedene Projekte aus budgetpolitischen Gründen nach hinten verschoben. Es gibt aber auch immer wieder Projekte, die aus irgendwelchen Gründen nicht realisiert werden können oder bei denen sich die Planung verzögert. Wenn wir eine Möglichkeit sehen, das betreffende Projekt etwas früher umzusetzen, vielleicht im 2013, werden wir dies tun.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Investitionsrechnung (Seiten 69 bis 72 des Zahlenteils mit den entsprechenden Anmerkungen in der Budget-Botschaft)

Diskussion - **nicht benützt.**

Finanzplan 2013 - 2015 (Seiten 44 bis 55)

Diskussion - **nicht benützt.**

Präsident: Ich frage Sie an, ob jemand auf einen Punkt zurückkommen möchte. Das ist nicht der Fall.

3.7 Departement für Finanzen und Soziales

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Zusammensetzung der Subkommission DFS/SK:

- Myrta Klarer, Sirnach (Vorsitz)
- Walter Marty, Ellighausen
- Richard Nägeli, Frauenfeld
- Daniel Wittwer, Sitterdorf

Allgemeine Bemerkungen zum Voranschlag 2012 und Finanzplan 2013 - 2015

Die vom Regierungsrat bereits mehrfach angekündigte "Kehrtwende" bei den Staatsfinanzen wird im Budget 2012 erstmals sichtbar. Dank des in den letzten Jahren gebildeten Eigenkapitals hat das vorliegende Budget mit einem Defizit aus der Erfolgsrechnung von 20,5 Millionen Franken und dem Fehlbetrag in der Gesamtrechnung von 87 Millionen Franken keine Panik ausgelöst.

Der monatlich berechnete Trend der Steuererträge zeigt erstmals im September 2011 eine gewisse Abflachung. Trotzdem kann für 2011 noch mit rund 25 Millionen Franken Mehrertrag gegenüber dem Budget gerechnet werden, insbesondere auch im Bereich der Grundstückgewinnsteuer. Das ist doch ein Zeichen dafür, dass im Thurgau die wirtschaftliche Situation mehrheitlich immer noch als gut bezeichnet werden darf. Dies hat den Regierungsrat bewogen, für 2012 optimistisch 6 % (59 Millionen Franken) mehr Steuererträge zu budgetieren.

Nicht voraussehbar waren für das kommende Budget die 20 Millionen Franken weniger Finanzausgleichsbeiträge vom Bund und der Wegfall der Erträge der Nationalbank.

Mit der Umstellung auf HRM2 ist ein automatischer Vergleich der Ausgaben nicht mehr möglich. Eine manuelle Aufstellung in der Budget-Botschaft zeigt auf, dass der liquiditätswirksame Aufwand gegenüber 2011 um 9,2 % steigt. Berücksichtigt man die veränderten Finanzflüsse und die neuen Aufgaben, beträgt er noch 2,7 %. Die neutralisierten Aufwände müssen allerdings noch genau hinterfragt werden.

Trotz des 2011 verschiedentlich geforderten Personalstopps werden im Budget 2012 71,44 zusätzliche Vollstellen beantragt.

Die 45 Stellen für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB), 7,3 Stellen in der Zentralverwaltung und 14 Stellen für die Berufsschulen machen den Hauptteil aus. Anträge auf pauschale Kürzungen des Personalaufwandes wurden in der GFK gestellt. Ebenso steigt der Sachaufwand gegenüber dem Budget 2011 um rund 5 Millionen Franken. Auch hier wird der Grosse Rat über einen Antrag auf Reduktion in der Höhe von 5 Millionen Franken entscheiden.

Die geplanten Investitionen erreichen den Höchststand mit rund 100 Millionen Franken. Eine Diskussion über das antizyklische Verhalten des Regierungsrates und die vorgeschlagenen Rückstellungen von Projekten wurde in der GFK intensiv geführt.

Gemäss Finanzplan sind enorme Mehrbelastungen mit der neuen Spitalfinanzierung, der Erhöhung der Ergänzungsleistungen, den erhöhten Beiträgen an die Schulgemeinden sowie dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht von total 80 Millionen Franken jährlich zu erwarten.

Voranschlag 2012

Der Saldo des Voranschlages 2012 steigt im DFS gegenüber 2011 um rund 37 Millionen Franken überdurchschnittlich. Beim Aufwand fallen vor allem die massiv höheren Beiträge an die Spitalkosten, die Pflegefinanzierung sowie die Betriebsbeiträge an Wohnheime und Werkstätten ins Gewicht. Mindereinnahmen bei der EKT-Dividende, bei den Nationalbankerträgen, weniger Ressourcenausgleich von Bund und Kantonen stehen im Vordergrund. Bei den Einnahmen sind Mehrerträge der Thurgauer Kantonalbank, höhere Steuereingänge sowie neu die vollständige Umlagerung der Raumkosten die Hauptpositionen.

Regierungsrat Bernhard Koch beantragte in der GFK, die 25 Millionen Franken an Ertrag aus der Nationalbank auf dem Konto 7350.4110.000 zu streichen, da deren Eingang nach heutigen Erkenntnissen sehr unwahrscheinlich sei. Im Gegenzug sollte eine Auflösung von 25 Millionen Franken aus der Goldreserve Nationalbank (150 Millionen Franken) unter dem neuen Konto 7350.4893.000 vorgenommen werden. Die Erfolgsrechnung wird mit diesem Antrag nicht verändert. Die GFK unterstützt diesen Vorschlag.

Die Subkommission nimmt zur Kenntnis, dass der Staat gemäss den heutigen Bestimmungen regelmässig zusätzliche Zahlungen an die Pensionskasse zu erbringen hat. Diese Aufwendungen erhöhen die Personalkosten ohne entsprechende Mehrleistungen für den Arbeitgeber.

7010 Generalsekretariat

Die grösste Abweichung ergibt sich bei der Erhöhung der Mitgliedschaftsbeiträge an die Direktorenkonferenzen.

7110-7120 Personalamt

Der Regierungsrat ist bei der Budgetierung der Personalkosten von einer individuellen, leistungsbezogenen Lohnanpassung von 1,2 %, einer Jahreststeuerung von 0,7 %, strukturellen Besoldungsanpassungen von 0,3 % und Leistungsprämien von Fr. 500'000 ausgegangen, insgesamt von einem Zuwachs von 2,5 %. Darin enthalten sind auch 0,5 % erhöhte Pensionskassenprämien, 0,2 % erhöhte Beiträge an die Familienausgleichskasse sowie die zusätzlich beantragten Stellen.

Der Regierungsrat hat unter "Allgemeine Personalkosten" beim Konto 7120.3010.900 eine Pauschalkürzung um 1,8 Millionen Franken vorgesehen. Gegenüber dem Vorjahr sind dies 0,8 Millionen Franken mehr.

Die GFK hat in intensiven Diskussionen nach einer partnerschaftlichen Lösung für eine personalverträgliche Möglichkeit gesucht. Einer zusätzlichen Reduktion um 2 Millionen Franken unter "Allgemeine Personalkosten" könnte sich auch Regierungsrat Koch an-

schliessen. Der Betrag setzt sich aus der Reduktion bei der individuellen Lohnanpassung von 1,2 % auf 1 % und bei der Teuerung von 0,7 % auf 0,4 % sowie der Kompensation von Fr. 500'000 bei neuen Stellen über die gesamte Verwaltung zusammen. In Bezug auf die Freigabe der KESB-Kosten für 2012 schlägt die GFK vor, die Beratungen des Gesetzes in 2. Lesung abzuwarten.

7210 Amt für Informatik

Der Aufwandüberschuss bewegt sich im Rahmen der Vorjahre. Die neu in der Budget-Botschaft aufgeführten, noch zu beschliessenden Objekte in der Investitionsrechnung betragen 4,1 Millionen Franken. Die Gesamtinvestitionskosten sind mit 5,9 Millionen Franken budgetiert.

Die "online"-Steuererklärung mit 0,4 Millionen Franken wird vermutlich nicht realisiert, Kosten entstehen jedoch für eine Zwischenlösung. Die budgetierten Mehrerträge von Fr. 960'000 für die Produktegruppe "Markt" sind ehrgeizig und die Zielerreichung anspruchsvoll.

7250-7260 Finanzkontrolle / Datenschutz

Der Leiter der IT-Revision sowie eine IT-Revisorin wirken sich auf den Besoldungsaufwand aus. Eine zusätzliche Stelle ist nach 2010 für die Revision der IV-Heime dazugekommen.

7310-7355 Finanzverwaltung

Die Finanzverwaltung ist mit der Einführung, der Bilanzbereinigung und der Bilanzdarstellung sowie der Unterstützung der Amtsstellen bei der Einführung von HRM2 sehr gefordert. Die Einführung einer zentralen Anlagebuchhaltung ist eine weitere flankierende Massnahme. Ein Risikomanagement in den Bereichen finanzielle Risiken, operative Risiken, rechtliche Risiken, Umfeldrisiken und übrige Risikofelder soll insbesondere dem Schutz des Vermögens und der Reputation des Kantons dienen. Im Versicherungswesen wird vermehrt auf Eigenverantwortung gesetzt.

Das um Fr. 284'000 tiefere Globalbudget ergibt sich aus tieferen Umzugskosten. Die Umlage der Raumkosten wird neu auch den Mittelschulen mit 4,8 Millionen, den Berufsschulen mit 4,2 Millionen und dem BBZ Arenenberg mit 0,8 Millionen Franken verrechnet.

7410-7425 Steuerverwaltung

70 % der Steuerpflichtigen benutzen heute die Steuererklärungs-Software "Fisc" für das Ausfüllen der Steuererklärung. Die elektronische Übermittlung wird geprüft; es muss jedoch weiterhin ein Formular mit einer gültigen Unterschrift geschickt werden. Ab 2012 werden sämtliche Steuererklärungen der natürlichen Personen nach dem Eingang eingescannt und dann anhand der Archivbilder veranlagt. Das Steueramt beantragt 2012 keine neuen Stellen, doch hat vor allem bei der Grundstückgewinnsteuer infolge der regen Bautätigkeit die Belastung überdurchschnittlich zugenommen. Die Zahlungsmoral bei der direkten Bundessteuer und den Steuerbussen ist besorgniserregend. Die Betrei-

bungskosten betragen jährlich 1,2 Millionen Franken.

Die Erhöhung der Steuereinnahmen für 2012 ist mit 58 Millionen Franken optimistisch budgetiert. Der Anteil der Verrechnungssteuer wird mit plus 3 Millionen Franken sehr ehrgeizig budgetiert, da Verrechnungssteuer nur noch von Zinserträgen ab Fr. 200.-- abgezogen wird.

7510-7515 Fürsorgeamt

Bei den Ehe- und Familienberatungsstellen ist eine Zunahme um rund Fr. 800'000 budgetiert. Das Jahr 2012 ist ein Übergangsjahr. Von bis jetzt bezahlten Fr. 1.50 beträgt der Pro-Kopf-Beitrag neu Fr. 9.--. Die Kosten werden je zu 50 % vom Kanton und von den Gemeinden bezahlt, also für den Kanton Fr. 3.50 mehr pro Einwohner. Der Zusammenschluss ist zwar von 60 % der Gemeinden begrüsst worden; trotzdem finden viele Gemeinden, dass der Zusammenschluss suboptimal sei.

Mit dem Inkrafttreten der NFA wurde auch die Berechnung der Betriebsbeiträge an die Wohnheime und Werkstätten beschlossen. Das Budget 2012 enthält erst provisorische Beiträge. Die Entschädigungen werden ab 2012 neu aufgeteilt und berechnet, und zwar in einen objektbezogenen Teil für die Infrastruktur und in einen subjektbezogenen Teil, der von der Person abhängig ist. In der Erhöhung im Budget um 3,7 Millionen Franken ist auch die demographische Entwicklung im Behindertenbereich (Personen werden älter) berücksichtigt. Ebenso mit einbezogen sind die ca. 30 betroffenen Sonderschulabgänger, deren Finanzierung die IV infolge geringer Aussicht auf eine Anstellung ablehnt.

7535-7550 Gesundheitsamt / Kantonsapotheker / Kantonsarzt

Mit der neuen Spitalfinanzierung ab dem 1. Januar 2012 müssen ca. fünfmal mehr ausserkantonale Rechnungen abgewickelt werden. Dies ergibt zusätzliche Personalaufwendungen.

Ab 2012 werden die Verwaltungskosten pro individuelle Prämienverbilligung (IPV) Fr. 17.50 betragen (bisher Fr. 14.--). Der Kanton rechnet mit IPV-Auszahlungen von gesamthaft 134 Millionen Franken, 1,1 Millionen weniger als im Budget 2011.

Die Beitragserhöhungen 2012 an die Spitalversorgung betragen nach Auflösung einer Reserve von 8 Millionen noch 25 Millionen Franken. Zusätzliche 18 Millionen Franken bezahlt der Kanton 2012 an die Pflegefinanzierung.

7580 Kantonales Laboratorium

Als neues Aufgabenfeld ist die Begleitung von Inspektionen aus Drittländern zu erwähnen. Es müssen Kontrollen nach der Gesetzgebung der Empfängerländer durchgeführt und die Konformität nach ausländischer Gesetzgebung bestätigt werden. Dank Mehreinnahmen schliesst das Budget Fr. 28'000 unter dem Budget 2011 ab.

Finanzplan 2013 - 2015

Der Finanzplan sieht bis 2015 ein Defizit von 238 Millionen Franken vor. Es ist für 2015 wieder eine ausgeglichene Gesamtrechnung anzustreben. Strukturelle Verbesserungen

sowie die Ergebnisse der eingeleiteten Leistungsüberprüfungen sollen zu diesem Ziel führen.

Präsident: Ich eröffne die Diskussion.

Erfolgsrechnung (Seiten 211 bis 241 der Budget-Botschaft und Seiten 45 bis 54 des Zahlenteils)

Präsident: Wie bereits angekündigt, beschliessen wir unter dem Abschnitt "Amt für Informatik" über die Objektkredite für die vom Amt für Informatik aufgelisteten Vorhaben gemäss Ziffer 5.1 des Beschlussesentwurfes.

Diskussion - **nicht benützt.**

Abstimmung: Der Rat beschliesst mit grosser Mehrheit: Die Objektkredite für die vom Amt für Informatik unter dem Titel "a. zu beschliessende Objektkredite" aufgelisteten Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von Fr. 4'100'000 werden genehmigt.

Präsident: Zum Abschnitt "Finanzverwaltung" liegt ein Antrag der GFK vor.

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Schon in der Eintretensdebatte haben einzelne Fraktionssprecher und eine Mehrheit der GFK-Mitglieder gefordert, dass der Ertrag der Nationalbank in der Höhe von 25 Millionen Franken gestrichen werden muss. Zum Zeitpunkt der Diskussionen war es unwahrscheinlich, dass die Schweizerische Nationalbank eine Gewinnausschüttung an die Kantone tätigen wird. Das gilt auch heute noch. Insofern vertritt die GFK die Meinung, dass ein realistisches Budget erstellt und abgebildet werden soll, und beantragt deshalb Streichung der Nationalbankgelder von 25 Millionen Franken und Kompensation durch eine Teilauflösung der Goldreserven von 25 Millionen Franken.

Diskussion - **nicht benützt.**

Abstimmung: Der Antrag der GFK wird mit grosser Mehrheit gutgeheissen.

Investitionsrechnung (Seiten 73 und 74 des Zahlenteils mit den entsprechenden Anmerkungen in der Budget-Botschaft)

Diskussion - **nicht benützt.**

Finanzplan 2013 - 2015 (Seiten 56 bis 62)

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Der Grosse Rat nimmt den Finanzplan zur Kenntnis. Dennoch wird er von der GFK vorberaten und auch kommentiert. Die GFK fordert im Hinblick auf die negativ ausfallenden Finanzplanjahre 2013 - 2015 eine strukturelle Verbesserung der Rechnungsjahre von jährlich 40 Millionen Franken. Sie bittet den Regierungsrat, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Regierungsrat **Koch**: Zur Forderung der GFK: Wir haben immer zugesichert, dass wir in dieser Situation nicht überreagieren, sondern reagieren werden. Die ersten Entscheide sind im Regierungsrat bereits gefasst worden. Wir werden alles daran setzen, um ab 2015 wieder ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Es liegt eine völlig neue Situation vor: Rund zehn Jahre lang hatten wir immer die Aussicht, dass die Rechnung jeweils besser abschliessen wird als das Budget. Nun wird es das erste Mal nicht so sein. Wir haben im Voranschlag 2012 die Steuereinnahmen sehr optimistisch budgetiert. In diesem Sinn war auch die Beratung des Budgets und des Finanzplanes völlig unterschiedlich zu den Vorjahren. Ich bin aber überzeugt davon, dass wir die schwierige Situation, die auf uns zukommt, meistern werden. Ich danke der GFK, deren Präsidentin und Ihnen für die konstruktive Bearbeitung des Budgets 2012. Wenn wir weiterhin so gut zusammenarbeiten, werden wir auch die Massnahmen, die wir umsetzen müssen, gemeinsam umsetzen. Ich kann Ihnen aber jetzt schon sagen, dass es hin und wieder weh tun wird. Daran müssen wir uns gewöhnen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsident: Ich frage Sie an, ob Sie auf einen Punkt zurückkommen wollen. Das ist nicht der Fall.

Beschlussfassung

Präsident: Wir diskutieren den Beschlussesentwurf ziffernweise, wobei wir mit Ausnahme der Ziffern 1, 8 und 9 über die übrigen Ziffern bereits abgestimmt haben. Somit sind noch über die Ziffern 1 und 8 Beschlüsse zu fassen sowie die Ziffer 9 zur Kenntnis zu nehmen.

Ziffer 1

Präsident: Ich eröffne die Diskussion zur Festlegung des Staatssteuerfusses.

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Angesichts der Budget- und Finanzplanlage war der Steuerfuss kein Thema. Die GFK unterstützt den Steuerfuss von 117 % mit 16:0 Stimmen und bittet Sie, es ihr gleich zu tun.

Diskussion - **nicht benützt.**

Abstimmung: Der Rat beschliesst mit grosser Mehrheit: Der Staatssteuerfuss wird auf 117 Steuerprozent festgelegt.

Ziffer 2 Hochbauten

Ziffer 2.1

Genehmigung der Objektkredite für die im Bauprogramm Hochbauten 2012 - 2015 unter dem Titel "b. zu beschliessende Objektkredite Neubauten, Umbauten" aufgelisteten Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von Fr. 46'800'000 siehe Seite 45.

Ziffer 2.2

Genehmigung der Abweichungen in Höhe von insgesamt minus Fr. 300'000 gegenüber den genehmigten Bruttoinvestitionen für die im Bauprogramm Hochbauten 2012 - 2015 unter dem Titel "a. beschlossene Objektkredite Neubauten, Umbauten" aufgeführten Vorhaben siehe Seite 45.

Ziffer 2.3

Feststellung, dass die Kosten für die im Bauprogramm Hochbauten 2012 - 2015 unter den Titeln "b. zu beschliessende Objektkredite Neubauten, Umbauten" sowie "c. Projekte im Finanzplan" mit "g" gekennzeichneten Bauvorhaben

- Pädagogische Maturitätsschule Kreuzlingen, Sanierung Guyerbauten
- Kantonsspital Münsterlingen, Umbau/Erweiterung OPS, IS, ZSVA (3i)
- BBZ Arenenberg, Neubau Kompetenzzentrum Beratung
- BBZ Arenenberg, Schulgebäude Turnhalle, Sanierung Nassräume + Erweiterung Foyer TH
- BBZ Arenenberg, Neukonzeption Schulgärtnerei
- Kantonsspital Münsterlingen, Fassadensanierungen mit jeweiligen Umbauten
- Kantonsspital Frauenfeld, Neubau Parking Süd
- Berufsbildungszentrum Arbon, Gesamtsanierung und Anpassungen

- Berufsbildungszentrum Weinfelden, Sanierung und Erweiterung Werktrakt (Geb. C)
 - Napoleonmuseum Arenenberg, Umbau Gästehaus
- gebundene Ausgaben sind, siehe Seite 45.

Ziffer 3 Tiefbauten

Ziffer 3.1

Baubeschluss gemäss § 15 Abs. 1 des Gesetzes über Strassen und Wege für die im Tiefbauprogramm 2012 - 2015 unter dem Titel "b. zu beschliessende Projekte" aufgelisteten Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von Fr. 28'523'000 siehe Seite 46.

Ziffer 3.2

Genehmigung der Abweichungen in Höhe von insgesamt minus Fr. 623'000 gegenüber den genehmigten Bruttoinvestitionen für die im Tiefbauprogramm 2012 - 2015 unter dem Titel "a1. beschlossene Projekte" aufgeführten Vorhaben siehe Seite 46.

Ziffer 3.3

Genehmigung des Verzichtes in Höhe von insgesamt Fr. 3'070'000 gegenüber den genehmigten Bruttoinvestitionen für die im Tiefbauprogramm 2012 - 2015 unter dem Titel "a2. beschlossene Projekte, Verzicht oder neuer Beschluss (b.)" aufgeführten Vorhaben siehe Seite 46.

Ziffer 3.4

Genehmigung der Strassenabtretungen im Kantonsstrassennetz von 2'530 m siehe Seite 12.

Ziffer 4 Rahmenkredite für Programmvereinbarungen DBU

Ziffer 4.1

Genehmigung der Rahmenkredite mit Bruttoausgaben von insgesamt Fr. 25'656'200 für die Erfüllung der Programmvereinbarungen 2012 - 2015 in den Bereichen Schutzbauten Wald, Schutzwald, Biodiversität im Wald und Waldwirtschaft (zusammen Fr. 9'651'200), Lärm- und Schallschutz (Fr. 4'000'000), Schutzbauten Wasser (Fr. 7'715'000), Revitalisierungen (Fr. 4'290'000) gestützt auf §§ 12a und 12b des Gesetzes über den Finanzhaushalt siehe Seite 39.

Ziffer 5 Informatik

Ziffer 5.1

Genehmigung der Objektkredite für die vom Amt für Informatik unter dem Titel "a. zu beschliessende Objektkredite" aufgelisteten Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von Fr. 4'100'000 siehe Seite 52.

Ziffer 6

Zustimmung zum Erwerb der Liegenschaften Alpstrasse 5 und 7 (Parzellen Nrn. 729 und 730) in Kreuzlingen zum Preis von Fr. 850'000 siehe Seite 12.

Ziffer 7 Gerichte

Streichung von Ziffer 7 des Beschlussesentwurfes siehe Seite 36.

Ziffer 8

Präsident: Ich eröffne die Diskussion zu den Ergebnissen des Voranschlages für das Jahr 2012.

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Im Vergleich zum Entwurf des Regierungsrates hat es Änderungen gegeben. Die bereinigten Zahlen liegen Ihnen vor. Die GFK unterstützt den Voranschlag 2012 und bittet Sie, dies auch zu tun.

Diskussion - **nicht benützt.**

Abstimmung: Der Rat beschliesst mit grosser Mehrheit: Der Voranschlag für das Jahr 2012 wird mit folgenden Ergebnissen beschlossen: Erfolgsrechnung, Aufwandüberschuss Fr. 13'509'700; Investitionsrechnung, Ausgabenüberschuss (Nettoinvestition) Fr. 97'131'200.

Ziffer 9

Präsident: Zum Finanzplan 2013 - 2015 wurde im Rahmen der heutigen Detailberatung die Diskussion departementsweise teilweise sehr intensiv geführt. Der Grosse Rat nimmt den Finanzplan lediglich zur Kenntnis.

Kommissionspräsidentin **Komposch**, SP: Eine persönliche Stellungnahme: Eingangs hat Kantonsrat Richard Nägeli ausgeführt, dass der Finanzplan obsolet sei. Ich bin damit nicht einverstanden. Der Finanzplan ist ein richtungsweisendes Instrument für jede Behörde. Mit der Zusage des Finanzchefs, dass jährlich 40 Millionen Franken eingespart werden sollen, muss man dieses Instrument auch ernst nehmen.

Diskussion - **nicht benützt.**

Vom Finanzplan 2013 - 2015 wird Kenntnis genommen.

Präsident: Ich frage Sie an, ob Sie auf einen Punkt zurückkommen wollen. Das ist nicht der Fall.

Schlussabstimmung: Dem bereinigten Beschlussesentwurf zum Voranschlag für das Jahr 2012 und Finanzplan 2013 - 2015 wird mit 110:0 Stimmen zugestimmt.

Präsident: Das Geschäft ist abgeschlossen.

An dieser Stelle möchte ich der GFK für ihre umfangreiche und anspruchsvolle Arbeit bestens danken. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass sich diese Kommission innert einer kurzen Zeitspanne auf sehr viel Arbeit einzustellen hat. Die detaillierte Auseinandersetzung mit der gewichtigen Materie fordert jedes Mitglied. Besonders danke ich den Vorsitzenden der Subkommissionen sowie natürlich Kantonsrätin Cornelia Komposch, welche die Kommission mit ihren arbeitsintensiven Aufgaben präsiert hat. Wir wünschen den GFK-Mitgliedern weiterhin viel Freude und Elan bei ihrer anspruchsvollen Aufgabe.

Ich schlage vor, die Sitzung an dieser Stelle zu unterbrechen. **Stillschweigend genehmigt.**

Ende der Vormittagssitzung: 11.45 Uhr

Beschluss des Grossen Rates zum Voranschlag für das Jahr 2012 und Finanzplan 2013 - 2015

vom 6. Dezember 2011

1. Der Staatssteuerfuss wird auf 117 Steuerprozent festgelegt.
2. Hochbauten
 - 2.1 Die Objektkredite für die im Bauprogramm Hochbauten 2012 - 2015 unter dem Titel "b. zu beschliessende Objektkredite Neubauten, Umbauten" aufgelisteten Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von Fr. 46'800'000 werden genehmigt.
 - 2.2 Die Abweichungen in Höhe von insgesamt minus Fr. 300'000 gegenüber den genehmigten Bruttoinvestitionen für die im Bauprogramm Hochbauten 2012 - 2015 unter dem Titel "a. beschlossene Objektkredite Neubauten, Umbauten" aufgeführten Vorhaben werden genehmigt.
 - 2.3 Es wird festgestellt, dass die Kosten für die im Bauprogramm Hochbauten 2012 - 2015 unter den Titeln "b. zu beschliessende Objektkredite Neubauten, Umbauten" sowie "c. Projekte im Finanzplan" mit "g" gekennzeichneten Bauvorhaben
 - Pädagogische Maturitätsschule Kreuzlingen, Sanierung Guyerbauten
 - Kantonsspital Münsterlingen, Umbau/Erweiterung OPS, IS, ZSVA (3i)
 - BBZ Arenenberg, Neubau Kompetenzzentrum Beratung
 - BBZ Arenenberg, Schulgebäude Turnhalle, Sanierung Nassräume + Erweiterung Foyer TH
 - BBZ Arenenberg, Neukonzeption Schulgärtnerei
 - Kantonsspital Münsterlingen, Fassadensanierungen mit jeweiligen Umbauten
 - Kantonsspital Frauenfeld, Neubau Parking Süd
 - Berufsbildungszentrum Arbon, Gesamtanierung und Anpassungen
 - Berufsbildungszentrum Weinfelden, Sanierung und Erweiterung Werktrakt (Geb. C)
 - Napoleonmuseum Arenenberg, Umbau Gästehausgebundene Ausgaben sind.
3. Tiefbauten
 - 3.1 Der Baubeschluss gemäss § 15 Abs. 1 des Gesetzes über Strassen und Wege für die im Tiefbauprogramm 2012 - 2015 unter dem Titel "b. zu beschliessende Projekte" aufgelisteten Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von Fr. 28'523'000 wird gefasst.

- 3.2 Die Abweichungen in Höhe von insgesamt minus Fr. 623'000 gegenüber den genehmigten Bruttoinvestitionen für die im Tiefbauprogramm 2012 - 2015 unter dem Titel "a1. beschlossene Projekte" aufgeführten Vorhaben werden genehmigt.
- 3.3 Der Verzicht in Höhe von insgesamt Fr. 3'070'000 gegenüber den genehmigten Bruttoinvestitionen für die im Tiefbauprogramm 2012 - 2015 unter dem Titel "a2. beschlossene Projekte, Verzicht oder neuer Beschluss (b.)" aufgeführten Vorhaben wird genehmigt.
- 3.4 Die Strassenabtretungen im Kantonsstrassennetz von 2'530 m werden genehmigt.
4. Rahmenkredite für Programmvereinbarungen DBU
 - 4.1 Die Rahmenkredite mit Bruttoausgaben von insgesamt Fr. 25'656'200 für die Erfüllung der Programmvereinbarungen 2012 - 2015 in den Bereichen Schutzbauten Wald, Schutzwald, Biodiversität im Wald und Waldwirtschaft (zusammen Fr. 9'651'200), Lärm- und Schallschutz (Fr. 4'000'000), Schutzbauten Wasser (Fr. 7'715'000), Revitalisierungen (Fr. 4'290'000) werden gestützt auf §§ 12a und 12b des Gesetzes über den Finanzhaushalt genehmigt.
5. Informatik
 - 5.1 Die Objektkredite für die vom Amt für Informatik unter dem Titel "a. zu beschliessende Objektkredite" aufgelisteten Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von Fr. 4'100'000 werden genehmigt.
6. Dem Erwerb der Liegenschaften Alpstrasse 5 und 7 (Parzellen Nrn. 729 und 730) in Kreuzlingen zum Preis von Fr. 850'000 wird zugestimmt.
7. Der Voranschlag für das Jahr 2012 wird mit folgenden Ergebnissen beschlossen:

Erfolgsrechnung	
Aufwandüberschuss	Fr. 13'509'700
Investitionsrechnung	
Ausgabenüberschuss (Nettoinvestition)	Fr. 97'131'200
8. Vom Finanzplan 2013 - 2015 wird Kenntnis genommen.

Der Präsident des Grossen Rates

Die Mitglieder des Ratssekretariates